

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 19/2021

14. Mai 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsischer Landtag

Bekanntmachung des Präsidenten des Sächsischen Landtags Aufforderung zur Abgabe von Bewerbungen für einen Sitz im MDR-Rundfunkrat gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 24 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 des Staatsvertrags über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) vom 12. Januar 2021 vom 27. April 2021 ..... 471

### Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug kommunal-relevanter Vorschriften (VwV Verfahrensregelungen) Az.: 23-FV 6010/30/3-2021/25774 vom 26. April 2021 ..... 472

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für das I. Quartal 2021 Az.: 23-FV 5030/10/9-2021/28473 vom 26. April 2021 ..... 477

### Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstsiegels vom 30. April 2021 ... 478

### Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Stimulation des Neustarts in der Tourismusbranche und Begleitung von Modellprojekten (FRL Neustart Tourismus und Modellprojekte) vom 28. April 2021 ..... 479

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes Az.: 15-5012/172/18 vom 23. April 2021 ..... 481

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen Az.: 15-5012/172/18 vom 23. April 2021..... 490

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Schutzmaßnahmen an Krankenhäusern zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus und zur Behandlung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten Az.: 34-5012/97 vom 28. April 2021 ..... 492

### Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Richtlinie Speicher vom 24. April 2021 ..... 494

**Sächsisches Staatsministerium  
für Regionalentwicklung**

Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Modernisierung von preisgünstigem Mietwohnraum (FRL preisgünstiger Mietwohnraum – FRL pMW) vom 29. April 2021 ..... 497

Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum (FRL gebundener Mietwohnraum – FRL gMW) vom 29. April 2021 ..... 502

**Landesdirektion Sachsen**

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken Az.: 26-5151/6/20 vom 23. April 2021 ..... 508

**Andere Behörden und Körperschaften**

Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal vom 23. April 2021 ..... 510

Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal..... 511

# **Sächsischer Landtag**

## **Bekanntmachung des Präsidenten des Sächsischen Landtags Aufforderung zur Abgabe von Bewerbungen für einen Sitz im MDR-Rundfunkrat gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 24 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 des Staatsvertrags über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) vom 12. Januar 2021**

**Vom 27. April 2021**

Die Amtszeit des MDR-Rundfunkrats endet mit Ablauf des 7. Dezember 2021. Gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 24 des Staatsvertrags über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) vom 12. Januar 2021 (SächsGVBl. S. 397) setzt sich der MDR-Rundfunkrat unter anderem aus je einem Mitglied acht weiterer gesellschaftlich bedeutsamer Organisationen und Gruppen zusammen, von denen die gesetzgebende Körperschaft des Freistaates Sachsen vier und die des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Freistaates Thüringen je zwei bestimmen, und zwar insbesondere auch aus dem Bereich der Familienverbände sowie aus Wissenschaft und Forschung.

Gesellschaftlich bedeutsame Organisationen oder Gruppen, die Interesse an einem Sitz im MDR-Rundfunkrat haben, werden aufgefordert, sich gemäß § 16 Absatz 2 Satz 1 des Staatsvertrags

bis zum 7. August 2021

schriftlich beim Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden zu bewerben.

Dresden, den 27. April 2021

Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

# Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

## Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug kommunalrelevanter Vorschriften (VwV Verfahrensregelungen)

Az.: 23-FV 6010/30/3-2021/25774

Vom 26. April 2021

Die nachstehende Verwaltungsvorschrift ergeht im Benehmen mit den Staatsministerien des Innern, für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Sie regelt die Berechnung, Auszahlung und Buchung bestimmter Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. März 2021 (SächsGVBl. S. 411) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, nach § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches vom 6. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. März 2021 (SächsGVBl. S. 411) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer nach der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung vom 10. April 2018 (SächsGVBl. S. 176), die durch die Verordnung vom 27. Januar 2021 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, durch das Statistische Landesamt, das Landesamt für Steuern und Finanzen und die Landesdirektion Sachsen. Die Verwaltungsvorschrift gilt nicht für die Gemeinden und Landkreise des Freistaates Sachsen. Unbeschadet der Rechtsaufsicht durch das Staatsministerium des Innern führt das Staatsministerium der Finanzen die Fachaufsicht für den Vollzug des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes, des § 18 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches sowie über den Vollzug der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung.

### I.

#### **Berechnung der Zuweisungen und der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie Feststellung der Schlüsselzahlen und Ermittlung der Gewerbesteuerumlage**

##### **1. Begriffsbestimmung**

- 1.1** Zuweisungen im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind die im Sächsischen Finanzausgleichsgesetz ausgewiesenen Zuweisungen, die nach den im Sächsischen Finanzausgleichsgesetz bestimmten Kriterien an die Gemeinden beziehungsweise Landkreise verteilt werden, und die in § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches ausgewiesenen Zuweisungen, die nach den dort bestimmten Kriterien an die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende verteilt werden.
- 1.2** Zahlungen im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind die nach dem Gemeindefinanzreformgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März

2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Gemeinden zufließenden Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer.

##### **2. Datenermittlung, -aktualisierung, -erfassung und -verarbeitung**

###### **2.1 Aufgaben des Statistischen Landesamtes**

Für die Berechnung der Zuweisungen und Zahlungen nach Nummer 1 sowie die Feststellung der Schlüsselzahlen und die Ermittlung der Gewerbesteuerumlage nimmt das Staatsministerium der Finanzen, gegebenenfalls im Benehmen mit den beteiligten Ressorts, das Statistische Landesamt in Anspruch. Das Statistische Landesamt ist insoweit und im Rahmen fachaufsichtlicher Weisungen für die Datenermittlung, Datenaktualisierung, Datenerfassung und Datenverarbeitung zuständig. Es erstellt die Bescheide und Mitteilungen an die Gemeinden und Landkreise. Das Statistische Landesamt hat die Stelle zu benennen, die die in dieser Verwaltungsvorschrift bezeichneten Aufgaben nach fachaufsichtlichen Vorgaben des Staatsministeriums der Finanzen durchführt. Es arbeitet in eigener Verantwortung zur Umsetzung dieser Verwaltungsvorschrift mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste zusammen. Zu diesem Zweck schließt das Statistische Landesamt in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen Leistungsvereinbarungen mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste zur Spezifizierung seiner Leistungen ab. Das Statistische Landesamt stellt das Informationssystem Kommunalfinanzen (KomFin) als Webanwendung nach Ziffer IV bereit und verwaltet die darin enthaltenen Informationen nach Vorgabe des Staatsministeriums der Finanzen. Das Staatsministerium der Finanzen hat Zugriff auf diese Webanwendung.

###### **2.2 Datenermittlung und -aktualisierung**

- 2.2.1** Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz
- Das Statistische Landesamt berechnet die Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz auf der Grundlage von Daten, die ermittelt werden
- 2.2.1.1** aus dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz und
- 2.2.1.2** nach Maßgabe des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes
- 2.2.1.2.1** aus folgenden amtlichen Statistiken:
- Vierteljährliche Kassenstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände,

- Fortschreibung des Bevölkerungsstandes,
- Statistik der allgemeinbildenden Schulen, Schulen des zweiten Bildungsweges, der Statistik der berufsbildenden Schulen sowie der Förderschulen,
- 2.2.1.2.2 aus folgenden Daten des Verwaltungsvollzugs:
  - die Straßenkilometer vom Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,
  - die Höhenmeter der Gebietskörperschaften vom Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen,
  - die Gewässerlänge nach dem Gewässerverzeichnis des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und
  - die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer aus den Abrechnungen zum Gemeindefinanzreformgesetz des Statistischen Landesamtes,
- 2.2.1.2.3 nach Maßgabe der jeweiligen Verwaltungsvorschriften des Staatsministeriums der Finanzen sowie
- 2.2.1.2.4 nach Maßgabe anderer Gesetze und von Verordnungen, auf die das Sächsische Finanzausgleichsgesetz Bezug nimmt.
- 2.2.2 Schlüsselzahlen  
Das Statistische Landesamt ermittelt die Schlüsselzahlen nach § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1 der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung und leitet sie dem Staatsministerium der Finanzen zur Feststellung zu.
- 2.2.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer  
Der auf die Gemeinden insgesamt entfallende Anteil an der Einkommensteuer nach dem Ist-Aufkommen (§ 1 des Gemeindefinanzreformgesetzes) wird vom Staatsministerium der Finanzen für jedes Vierteljahr und für jedes Haushaltsjahr (Schlussrechnung) gesondert bekannt gegeben und dem Statistischen Landesamt unmittelbar mitgeteilt. Das Statistische Landesamt berechnet aufgrund der Schlüsselzahlen nach der Anlage 1 der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung für jede Gemeinde den Anteil an der Einkommensteuer sowie aufgrund der ermittelten Gewerbesteuerumlage nach Nummer 2.2.4 den Betrag, der an die einzelne Gemeinde noch zu zahlen oder von ihr abzuführen ist, falls die Gewerbesteuerumlage den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer übersteigt.
- 2.2.4 Gewerbesteuerumlage  
Das Statistische Landesamt ermittelt auf der Grundlage der Kassenstatistik die von den Gemeinden zu zahlende Gewerbesteuerumlage.
- 2.2.5 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer  
Der auf die Gemeinden insgesamt entfallende Anteil an der Umsatzsteuer nach dem Ist-Aufkommen (§ 5a des Gemeindefinanzreformgesetzes) wird vom Staatsministerium der Finanzen für den entsprechenden Abrechnungszeitraum gesondert bekannt gegeben und dem Statistischen Landesamt unmittelbar mitgeteilt. Das Statistische Landesamt berechnet aufgrund der Schlüsselzahlen nach der Anlage 2 der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung für jede Gemeinde den Anteil an der Umsatzsteuer.
- 2.2.6 Zuweisungen nach § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches  
Das Statistische Landesamt berechnet auf der Grundlage der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften die Zuweisungen nach § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des

Sozialgesetzbuches. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften erwerbsfähiger Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2019), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. März 2021 (BGBl. I S. 335) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ist der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu entnehmen. Sie stellt diese Daten in der Veröffentlichung „Tabellen, Eckwerte der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monatszahlen ab 2005), Statistik der Bundesagentur für Arbeit über Grundsicherung für Arbeitsuchende, Zeitreihe zum Bestand an Bedarfsgemeinschaften (BG) – Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten“ in Tabelle 3.1 Zeitreihe BG zur Verfügung.

## 2.3

### Datenerfassung

Die nach Nummer 2.2 ermittelten beziehungsweise durch die beteiligten Ressorts übergebenen Daten werden vom Statistischen Landesamt erfasst und auf Vollständigkeit geprüft. Für die Einleseprozedur der Datengrundlagen im Berechnungsprogramm werden diese durch das Statistische Landesamt in das vorgesehene Dateiformat gebracht.

## 2.4

### Datenverarbeitung

#### 2.4.1

Die Berechnung der Zuweisungen und Zahlungen erfolgt durch das Statistische Landesamt unter Verwendung von ADV-unterstützten Programmen gemäß Anlage 3 zu § 79 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 22. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 20) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung.

#### 2.4.2

Die ermittelten Zuweisungen und Zahlungen sind vom Statistischen Landesamt auf Richtigkeit zu prüfen, eventuell durch Neuberechnungen zu korrigieren und endgültig in Dateien zu sichern.

#### 2.4.3

Die Berechnungen zum Sächsischen Finanzausgleichsgesetz und zu § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches werden dem Staatsministerium der Finanzen als Datei, ergänzt mit Abrechnungsübersichten und Protokollen, zur Freigabe elektronisch zur Verfügung gestellt. Nach Vorlage der elektronischen Freigabe darf der Datenbestand nicht mehr verändert werden. Die Berechnungen zum Gemeindefinanzreformgesetz werden dem Staatsministerium der Finanzen ebenfalls als Datei, ergänzt mit Abrechnungsübersichten elektronisch zur Verfügung gestellt. Der Datenbestand darf nach eventuell erforderlicher Korrektur nicht mehr verändert werden.

#### 2.4.4

Dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste obliegt die Gewährleistung des laufenden Betriebs und die programmtechnische Anpassung und Weiterentwicklung der Verfahren zur elektronischen Datenverarbeitung der vom Statistischen Landesamt im Rahmen dieser Verwaltungsvorschrift im Auftrag des Staatsministeriums der Finanzen zu ermittelnden und weiter zu verarbeitenden Daten. Grundlage hierfür ist die zwischen dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste und dem Statistischen Landesamt abgeschlossene Leistungsvereinbarung nach Nummer 2.1.

**2.5 Festsetzung und Festsetzungsbescheide an die Gemeinden und Landkreise**

2.5.1 Die Festsetzungsbescheide über Zuweisungen gemäß des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes, aus denen die Rechtsgrundlage, die Art und Höhe der Zuweisungen, die Berechnungsmerkmale sowie die Zahlungstermine hervorgehen müssen, ergehen schriftlich. Sie werden vom Statistischen Landesamt nach Auftrag des Staatsministeriums der Finanzen für die Landesdirektion Sachsen erstellt und der Landesdirektion Sachsen zur Übermittlung an die Gemeinden und Landkreise übersendet.

2.5.2 Nummer 2.5.1 gilt auch für die Finanzausgleichsumlage gemäß § 25a des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes. Der Festsetzungsbescheid ist vor Festsetzung der Zuweisungen spätestens fünf Werktage vor Fälligkeit zu erstellen.

2.5.3 Nach Vorliegen der endgültigen Daten für das abgeschlossene Ausgleichsjahr erfolgt eine Festsetzung der Zuweisungen gemäß § 18 Absatz 1 und 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches. Zu diesem Zweck wird der Ausgleichsanspruch auf Grundlage dieser endgültigen Daten letztmalig neu berechnet. Nach § 18 Absatz 4 Satz 5 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches können Differenzen zur Summe der Abschlagszahlung für das Ausgleichsjahr mit Zuweisungen des Folgejahres verrechnet werden. Die Festsetzungsbescheide, aus denen die Rechtsgrundlage, die Art und Höhe der Zuweisungen, die Berechnungsmerkmale sowie die Zahlungstermine hervorgehen müssen, ergehen schriftlich. Sie werden vom Statistischen Landesamt nach Auftrag des Staatsministeriums der Finanzen für die Landesdirektion Sachsen erstellt und der Landesdirektion Sachsen zur Übermittlung an die Kreisfreie Städte und Landkreise übersendet.

2.5.4 Das Statistische Landesamt stellt die entsprechenden Daten dem Staatsministerium der Finanzen und der Landesdirektion Sachsen elektronisch, zum Beispiel über das Informationssystem KomFin, zur Verfügung.

**2.6 Mitteilungen an die Gemeinden und Landkreise**

2.6.1 Das Statistische Landesamt erstellt nach Auftrag des Staatsministeriums der Finanzen vor Festsetzung der Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz schriftliche Mitteilungen für die Gemeinden und Landkreise über die geleisteten Abschlagszahlungen. Die Mitteilungen werden den Gemeinden und Landkreisen spätestens zwei Werktage vor Fälligkeit vom Statistischen Landesamt übersendet.

2.6.2 Die Mitteilungen über die Zahlung der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer nach § 5 der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung ergehen schriftlich. Sie werden vom Statistischen Landesamt erstellt und an die Gemeinden versendet.

2.6.3 Die Mitteilungen über die Abschlagszahlungen gemäß § 18 Absatz 4 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches ergehen schriftlich. Sie werden vom Statistischen Landesamt nach Auftrag des Staatsministeriums der Finanzen erstellt und an die Kreisfreien Städte und Landkreise versendet.

2.6.4 Sämtliche vorstehende Mitteilungen müssen die Rechtsgrundlage, die Art und Höhe der Zahlungen, die Berechnungsmerkmale sowie die Zahlungster-

mine enthalten. Das Statistische Landesamt stellt die entsprechenden Daten dem Staatsministerium der Finanzen und dem Landesamt für Steuern und Finanzen elektronisch, zum Beispiel über das Informationssystem KomFin, zur Verfügung.

**2.7 Datenanalyse/Modellrechnungen**

Das Statistische Landesamt hat nach Vorgabe des Staatsministeriums der Finanzen regelmäßig wiederkehrende Datenanalysen vorzunehmen. Zur Vorbereitung von Gesetzen zur Änderung des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes sowie des jährlichen Sonderlastenausgleichs Hartz IV sind vom Statistischen Landesamt nach Vorgaben des Staatsministeriums der Finanzen Modellrechnungen und Untersuchungen durchzuführen. Das Statistische Landesamt ist für die termingerechte Durchführung verantwortlich und hält vor allem die dafür benötigte Maschinen- und Personalkapazität vor.

**2.8 Informationsmaterial für die beteiligten Behörden**

Nach Berechnung der Zuweisungen und Zahlungen sind für die beteiligten Behörden Listen, Tabellen, Verteilerschlüssel und ähnliches zu erstellen und dem Staatsministerium der Finanzen elektronisch zu übermitteln. Art und Umfang des Informationsmaterials bestimmt das Staatsministerium der Finanzen.

**II.****Auszahlung und Buchung der Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz, der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer sowie der Zuweisungen nach § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches****1. Aufgaben des Statistischen Landesamtes**

1.1 Das Statistische Landesamt berechnet die zu den einzelnen Zahlungsterminen an jede Gemeinde beziehungsweise jeden Landkreis zu zahlenden Beträge. Es bereitet die hierfür erforderlichen Unterlagen vor. Das Statistische Landesamt bestätigt elektronisch, dass die Unterlagen aufgrund der von ihm richtig ermittelten und erfassten Daten unter Einsatz der freigegebenen und gültigen Programme erstellt worden sind. Das Statistische Landesamt stellt die Unterlagen der Landesdirektion Sachsen beziehungsweise dem Landesamt für Steuern und Finanzen für die Auszahlung elektronisch, zum Beispiel über das Informationssystem KomFin, spätestens fünf Werktage vor Zahltermin zur Verfügung. Dem Staatsministerium der Finanzen werden abgestimmte Abrechnungsübersichten und Protokolle elektronisch übermittelt.

1.2 Für das IV. Quartal eines jeden Haushaltsjahres ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe des für das III. Quartal gezahlten Betrages anzuweisen (§ 5 Absatz 3 der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung). Damit wird für das jeweils IV. Quartal eines Haushaltsjahres der für das III. Quartal als Gewerbesteuerumlage gemeldete Betrag verrechnet. In Fällen, in denen die Gewerbesteuerumlage im III. Quartal den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer übersteigt, wird als abzuführende Gewerbesteuerumlage nur

ein Betrag in Höhe des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer verrechnet.

- 1.3** Das Statistische Landesamt ist zuständig für Auskünfte hinsichtlich der durchgeführten Berechnungen.

- 1.4** Das Statistische Landesamt hat den Rechnungsprüfungsämtern geeignete Unterlagen zur Durchführung stichprobenartiger Überprüfungen zur Verfügung zu stellen.

**2. Aufgaben des Landesamtes für Steuern und Finanzen**

- 2.1** Das Landesamt für Steuern und Finanzen weist zur Zahlung den nach Verrechnung der Gewerbesteuerumlage verbleibenden Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer im jeweils gültigen automatisierten Verfahren zu den Terminen an, die in der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung bestimmt sind, und übermittelt elektronisch die erforderlichen Unterlagen der Hauptkasse.

- 2.2** In Fällen, in denen die Gewerbesteuerumlage höher ist als der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, hat die Gemeinde den übersteigenden Betrag an das Landesamt für Steuern und Finanzen abzuführen. Für die zu vereinnahmenden Beträge hat das Landesamt für Steuern und Finanzen die Sollstellung in der Hauptkasse mit dem jeweils gültigen Verfahren zu veranlassen.

- 2.3** Das Landesamt für Steuern und Finanzen bewirtschaftet Kapitel 15 01 Titel 017 01 – Gewerbesteuerumlage – des Staatshaushaltsplanes.

- 2.4** Das Landesamt für Steuern und Finanzen erstellt die erforderlichen Abschlussbuchungen und überwacht die Zahlungseingänge nach Nummer 2.2.

**3. Aufgaben der Hauptkasse**

- 3.1** Die Hauptkasse leistet die Zahlungen an die Gemeinden termingemäß auf der Grundlage von § 31 Absatz 3 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes, § 5 der Gemeindefinanzreformgesetzdurchführungsverordnung sowie § 18 Absatz 4 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches.

- 3.2** Die Hauptkasse stellt die zu vereinnahmenden Beträge zum Soll und mahnt gemäß Nummer 41.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 70 der Sächsischen Haushaltsordnung überfällige Zahlungseingänge an.

- 3.3** Sie übermittelt elektronisch jeweils nach Monatsende dem Staatsministerium der Finanzen die erforderlichen Kontoauszüge zum Kapitel 1530 und 1503.

**4. Aufgaben der Landesdirektion Sachsen**

Die Landesdirektion Sachsen bewirtschaftet die Zuweisungsmittel für die Gemeinden und Landkreise. Die für die Hauptkasse bestimmten Anordnungen werden von der Landesdirektion Sachsen erstellt. Sie weist gegenüber der Hauptkasse die Zahlung an und übergibt die Daten (Upload) über

das Sächsische Verwaltungsnetz auf einen Server im Landesamt für Steuern und Finanzen. Grundlage hierfür ist die Fachinformation für Dienststellen des Landesamtes für Steuern und Finanzen „Eingangsschnittstelle InfoHighway/Internet der Hauptkasse des Freistaates Sachsen – Zahlungsverkehr“.

**III.**

**Bearbeitung von Widersprüchen**

**1. Aufgaben der Landesdirektion Sachsen**

Widerspruchsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Sie erteilt einen Widerspruchsbescheid. Ist eine zeitnahe Bearbeitung des Widerspruchs nicht möglich, so ist der betreffenden Kommune ein Zwischenbescheid zu erteilen. Die Landesdirektion Sachsen leitet dem Statistischen Landesamt den Widerspruchsbescheid als Grundlage für die notwendige Aufnahme von Korrekturen elektronisch zu.

**2. Aufgaben des Statistischen Landesamtes**

Eine Mitwirkung des Statistischen Landesamtes erfolgt nur dann, wenn in der Begründung des Widerspruchs Ausgangsdaten für die Berechnung der Zuweisungen gemäß Sächsischem Finanzausgleichsgesetz oder nach § 18 Absatz 1 bis 3 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches angefochten werden. Durch das Statistische Landesamt wird bei dem Daten bereitstellenden Ressort die Prüfung der angefochtenen Ausgangsdaten und eine Stellungnahme hierzu abgefordert. Erfordern die Prüfergebnisse eine Korrektur der dem Festsetzungsbescheid zugrundeliegenden Ausgangsdaten, so wird durch den Fachbereich eine Korrekturberechnung vorbereitet und der Landesdirektion Sachsen ein Begründungsvorschlag für den Widerspruchsbescheid elektronisch übermittelt. Der Korrekturberechnung sind die Bestimmungen in § 31 Absatz 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes und § 18 Absatz 6 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches zur Berichtigung unrichtiger Bemessungsgrundlagen zugrunde zu legen. Das Statistische Landesamt stellt bei Übermittlung des durch die Landesdirektion Sachsen erlassenen Widerspruchsbescheides über die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen sicher, dass die Verrechnung der im Widerspruchsverfahren stattgegebenen Korrekturbeträge mit den Zuweisungen des Folgejahres, beginnend mit der ersten Rate nach der Festsetzung, erfolgt. Eine Korrektur der Zahlungen erfolgt

- a) zum Straßenlastenausgleich (§§ 18 bis 20 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes) oder dem übertragenen Wirkungskreis (§ 16 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes) bei vorhandenen Mitteln noch im Ausgleichsjahr und
- b) zum Sonderlastenausgleich Hartz IV gemäß § 18 Absatz 6 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches.

Eine Information einschließlich Begründung an die Landesdirektion Sachsen erfolgt auch dann, wenn keine Korrektur der Ausgangsdaten durch das Daten bereitstellende Ressort vorgenommen wird. Eine Korrekturberechnung entfällt hierbei.

## IV.

**Informationssystem Kommunalfinanzen**

1. Beim Informationssystem Kommunalfinanzen (KomFin) handelt es sich um eine Webapplikation, in der den sächsischen Landesbehörden sowie sächsischen Gemeinden und Landkreisen Rechtsgrundlagen, Statistikergebnisse, Orientierungsdaten und andere allgemeine Informationen die Kommunalfinanzen betreffend zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Anbindung der Gemeinden und Landkreise an das Informationssystem KomFin erfolgt innerhalb des Kommunalen Datennetzes (KDN). Der Zugang auf den Teil „Zuweisungen gemäß Sächsischem Finanzausgleichsgesetz“, „Zuweisungen gemäß Gemeindefinanzreformgesetz“ und „Zuweisungen gemäß § 18 Sonderlastenausgleich des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches“ sind passwortgeschützt. Der Zugriff erfolgt für die einzelne Gebietskörperschaft auf ihre Daten, der Zugriff des Landratsamtes erfolgt sowohl für das Landratsamt als auch für die kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises. Alle anderen Nutzer haben vollen Zugriff auf die Daten.

## V.

**Schlussbestimmungen**

1. **Ergänzende Bestimmungen**  
Für die Abwicklung des Verfahrens sind außer den in dieser Verwaltungsvorschrift bezeichneten Vorschriften folgende Bestimmungen zu beachten:

- Dienstanweisung für das automatisierte Buchführungsverfahren der Kassen (DABK),
- Bestimmungen über die Verwendung automatischer Datenverarbeitungsunterlagen im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR-ADV-Best)/Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 79 der Sächsischen Haushaltsordnung,
- Bestimmungen für die Erteilung von Kasenanordnungen im automatisierten Buchführungsverfahren der Kassen (EDVBK)/Anlage 4 der Verwaltungsvorschrift zu § 70 der Sächsischen Haushaltsordnung.

**2. Dokumentation und Aufbewahrung**

Die Anforderungen an Programme, Dokumentationen und Aufbewahrungszeiten für Belege, Dateien, Programme und deren verschiedene Arbeitsstände sind gemäß Punkt 3 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 79 der Sächsischen Haushaltsordnung (HKR-ADV-Best) einzuhalten. Inhalt und Umfang der zu erstellenden Verfahrensdokumentation haben den Mindestanforderungen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder zum Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (November 2011) zu entsprechen.

**3. Inkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Verfahrensregelungen vom 15. Juli 2013 (SächsABl. S. 765), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), außer Kraft.

Dresden, den 26. April 2021

Der Staatsminister der Finanzen  
Hartmut Vorjohann



**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen  
über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer  
für das I. Quartal 2021**

**Az.: 23-FV 5030/10/9-2021/28473**

**Vom 26. April 2021**

Das Aufkommen an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer betrug in Sachsen im I. Quartal 2021  
2 214 555 256 Euro.

Hiervon erhalten die Gemeinden gemäß § 1 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) geändert worden ist, einen Anteil von 15 Prozent – das sind  
332 183 288 Euro.

Die Erstattung des vom Bund über die Familienkassen vorfinanzierten Gemeindeanteils des Kindergeldes vermindert den Gemeindeanteil an Lohn- und Einkommensteuer um  
77 825 023 Euro.

Hinzu kommen ein Anteil von 15 Prozent am Zerlegungsanteil der Lohnsteuer in Höhe von  
78 259 254 Euro,

und ein Anteil von 12 Prozent aus dem Aufkommen an Kapitalertragsteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 bis 7

und 8 bis 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. März 2021 (BGBl. I S. 330) geändert worden ist, einschließlich des Zerlegungsanteils in Höhe von  
3 940 812 Euro.

Der Gemeindeanteil an der Pauschsteuer aus gewerblich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gemäß § 40a Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes erhöht den Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer um  
376 276 Euro.

Hinzu kommt der Gemeindeanteil an der steuerlichen Förderung nach dem Altersvermögensgesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310) gemäß § 83 des Einkommensteuergesetzes in Höhe von  
1 314 918 Euro.

Damit ergibt sich ein auszahlender Betrag für das I. Quartal 2021 von  
338 249 526 Euro.

Dresden, den 26. April 2021

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Dirk Diedrichs  
Amtschef

# **Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstsiegels**

**Vom 30. April 2021**

Das nachstehend näher bezeichnete Dienstsiegel mit dem Landeswappen des Freistaates Sachsen ist in Verlust geraten:



Das Dienstsiegel wird für ungültig erklärt.

Es wird gebeten, Hinweise, die zur Auffindung des Dienstsiegels führen können sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung unmittelbar dem Direktor des Amtsgerichts Eilenburg zu übermitteln.

Dresden, den 30. April 2021

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung  
Karina Liebner-Stengel  
Ministerialrätin

# **Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus**

## **Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Stimulation des Neustarts in der Tourismusbranche und Begleitung von Modellprojekten (FRL Neustart Tourismus und Modellprojekte)**

**Vom 28. April 2021**

### **I.**

#### **Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen**

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 22. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 20) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen zur Stimulation des Neustarts in der Tourismusbranche und zur Begleitung von Modellprojekten.
2. Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 1) handelt, werden diese nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen sowie deren Nachfolgebestimmungen in der jeweils geltenden Fassung gewährt:
  - Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 „Vierte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“, (BAnz AT 01.03.2021 B1), oder
  - Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist.
3. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

4. Die Förderung erfolgt nachrangig und nur insoweit andere Förderangebote des Freistaates Sachsen, des Bundes oder der Europäischen Union nicht zur Verfügung stehen.

### **II.**

#### **Gegenstand der Förderung**

Die Förderung erfolgt über drei Fördertatbestände. Gefördert werden:

1. Insbesondere die wissenschaftliche Begleitung von Modellvorhaben zum Neustart nach § 8g der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 29. März 2021 (SächsGVBl. S. 334), die zuletzt durch die Verordnung vom 16. April 2021 (SächsGVBl. S. 450) geändert worden ist (oder einer Nachfolgebestimmung in der jeweils geltenden Fassung),
2. Maßnahmen nach coronabedingtem Betriebsausfall im laufenden Jahr 2021 zum Erhalt touristischer Einrichtungen oder zur Vorbereitung der kommenden Saison,
3. Maßnahmen zur Entwicklung und Umsetzung von Konzepten, die zur Wiederaufnahme touristischer Einrichtungen erforderlich sind, insbesondere die Umsetzung von Corona-Pandemiebedingten Hygienekonzepten wie zum Beispiel Maßnahmen zur Gästelenkung und Ähnliches.

### **III.**

#### **Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind:

1. Kleine und mittlere Unternehmen einschließlich kommunaler Unternehmen und Vereine
2. Kommunen, sofern sie verantwortliche Koordinatoren eines Modellprojekts sind.

### **IV.**

#### **Zuwendungsvoraussetzungen**

1. Der Antragsteller erbringt im Freistaat Sachsen gewerbliche Dienstleistungen auf dem Gebiet des Tourismus. Dies gilt nicht im Fall der Förderung von Modellprojekten.
2. Das Vorhaben ist Basis für das Wachstum des regionalen Tourismus. Das Angebot wird überwiegend touristisch genutzt und dient nicht vordergründig der

Naherholung. Dies gilt nicht im Fall der Förderung von Modellprojekten.

3. Die zur Förderung beantragten Maßnahmen sind nicht förderfähig über das Bundesprogramm Corona-Überbrückungshilfe, über die Corona-November- und Dezemberhilfe des Bundes oder über die Härtefallfazilität des Bundes und der Länder für die Gewährung von Härtefallhilfen.
4. Die Gewährung der Zuwendung darf nicht zu einer Überkompensation führen. Hierbei sind gegebenenfalls weitere Hilfen des Landes und des Bundes zu berücksichtigen.
5. Im Falle der Förderung von Modellprojekten ist eine Konzeption zur Veröffentlichung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung vorzulegen.
6. An Unternehmen, die sich gemäß Artikel 2 Absatz 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung<sup>1</sup> am 31. Dezember 2019 bereits in Schwierigkeiten befanden, dürfen keine Beihilfen nach der Bundesregelung Kleinbeihilfen gewährt werden. Abweichend davon können auch Beihilfen nach der Bundesregelung Kleinbeihilfen für kleine und Kleinstunternehmen (im Sinne des Anhangs I der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden, die sich am 31. Dezember 2019 bereits in Schwierigkeiten befanden, sofern diese Unternehmen nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens nach nationalem Recht sind und sie weder Rettungsbeihilfen<sup>2</sup> noch Umstrukturierungsbeihilfen<sup>3</sup> erhalten haben.

#### V.

##### Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form eines Zuschusses gewährt. Als Finanzierungsart wird dabei eine Anteilsfinanzierung in Form einer einmaligen Zuwendung festgelegt.
2. Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Zuwendungshöhe ist begrenzt auf maximal 300 000 Euro.
3. Zuwendungsfähig sind Personalausgaben, Sachausgaben sowie Investitionsausgaben, wenn und soweit sie dem Zweck dienen.

Dresden, den 28. April 2021

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus  
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus  
Barbara Klepsch

#### VI. Verfahren

1. Der Vorhabensbeginn ist in Abweichung zu Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung bereits ab dem 1. April 2021 zugelassen.
2. Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB).
3. Der Antrag ist unter Verwendung des durch die Bewilligungsstelle zur Verfügung gestellten Antragsformulars bis spätestens 30. September 2021 einzureichen ([www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)).
4. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind. Insbesondere gilt für die Auszahlungen die Regelung in Nummer 7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
5. Wird eine Kleinbeihilfe gewährt, gilt:
  - Vor Gewährung der Beihilfe hat der Antragsteller der SAB schriftlich in Papierform, in elektronischer Form oder in Textform jede Kleinbeihilfe anzugeben, die er bislang erhalten hat, so dass sichergestellt ist, dass der in der „Vierten Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ genannte Höchstbetrag nicht überschritten wird und
  - die Beihilfe kann nach Maßgabe der „Vierten Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ mit anderen Beihilfen kumuliert werden.

#### VII.

##### Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und am 31. Dezember 2021 außer Kraft.

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV, ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1. Wird in dieser Regelung auf die Bestimmung des in Artikel 2 Absatz 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 genannten Begriffs des „Unternehmens in Schwierigkeiten“ Bezug genommen, so ist dies auch eine Bezugnahme auf die Begriffsbestimmungen in Artikel 2 Absatz 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 beziehungsweise Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung 1388/2014.

<sup>2</sup> Falls diese Unternehmen eine Rettungsbeihilfe erhalten haben, dürfen sie dennoch Beihilfen im Rahmen dieser Regelung erhalten, wenn zum Zeitpunkt der Gewährung dieser Beihilfen der Kredit bereits zurückgezahlt wurde oder die Garantie bereits erloschen ist.

<sup>3</sup> Falls diese Unternehmen eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten haben, dürfen sie dennoch Beihilfen im Rahmen dieser Regelung erhalten, wenn sie zum Zeitpunkt der Gewährung dieser Beihilfen keinem Umstrukturierungsplan mehr unterliegen.

# Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

## Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

### Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes

**Az.: 15-5012/172/18**

**Vom 23. April 2021**

Aufgrund des § 28b Absatz 3 Satz 4, 5 und 9 in Verbindung mit Satz 3 und § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 3 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der durch die Verordnung vom 13. März 2020 (SächsGVBl. S. 82) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende

#### Allgemeinverfügung:

#### 1. Regelungsgegenstand

1.1 Diese Allgemeinverfügung regelt die Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts für Abschlussklassen und Förderschulen sowie die Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung in Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes bei Überschreiten der maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenz von 165 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt im Freistaat Sachsen.

1.2 Abschlussklassen im Sinne dieser Allgemeinverfügung sind Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge der:

- 1.2.1 Oberschulen,
- 1.2.2 Gymnasien (Jahrgangsstufen 11 und 12),
- 1.2.3 Berufsschulen (einschließlich Abschlussklassen im Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr sowie Vorabschlussklassen, deren Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2020/2021 am ersten Teil einer in zwei zeitlich auseinanderfallenden Teilen durchgeführten Abschlussprüfung teilnehmen),

- 1.2.4 Berufsfachschulen (einschließlich Vorabschlussklassen der Berufsfachschule für anerkannte Ausbildungsberufe),
- 1.2.5 Fachschulen,
- 1.2.6 Fachoberoberschulen,
- 1.2.7 Berufliche Gymnasien (Jahrgangsstufen 12 und 13),
- 1.2.8 Abendoberschulen,
- 1.2.9 Abendgymnasien (Jahrgangsstufen 11 und 12),
- 1.2.10 Kollegs (Jahrgangsstufen 11 und 12),
- 1.2.11 Grundschulen (Klassenstufe 4) und
- 1.2.12 Lehrerbildungsstätten für den Vorbereitungsdienst

1.3 Abschlussklassen und Förderschulen werden von der Untersagung nach § 28b Absatz 3 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes ausgenommen.

1.4 Eine Notbetreuung in den Grund- und Förderschulen (an Förderschulen auch für inklusiv unterrichtete Schülerinnen und Schüler anderer Schularten) sowie in den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen ist unter den folgenden Kriterien einzurichten:

- 1.4.1 für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 4 an Grundschulen und der Primarstufe an Förderschulen während der üblichen Unterrichts- beziehungsweise Hortzeiten;
- 1.4.2 für mehrfach- und schwerstmehrfachbehinderte Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen sowie mehrfach- und schwerstmehrfachbehinderte Kinder in den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen, sofern die Personensorgeberechtigten die Betreuung der Schülerinnen und Schüler oder Kinder nicht leisten können, während der üblichen Unterrichts- und Öffnungszeiten und
- 1.4.3 für Kinder in den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen während der üblichen Öffnungszeiten.

- 1.5 Eine Notbetreuung nach Ziffer 1.4.1 und 1.4.3 soll nur dann stattfinden, wenn
- 1.5.1 beide Personensorgeberechtigten oder der alleinige Personensorgeberechtigte beziehungsweise in Fällen der Umgangsregelung der zur Antragstellung aktuell Personensorgeberechtigte gemäß der **Anlage 1** beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert sind,
- 1.5.2 nur einer der Personensorgeberechtigten gemäß der **Anlage 2** beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert ist sowie eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann,
- 1.5.3 einer der Personensorgeberechtigten nachweist, dass sie oder er als Schülerin oder Schüler in der Präsenzbeschulung, als Auszubildende, Auszubildender, Referendarin, Referendar, Studentin oder Student der Abschlussjahrgänge für unaufschiebbare Prüfungen im Bereich der berufsbezogenen und akademischen Ausbildung oder in der berufspraktischen Aus- oder Weiterbildung in Berufen des Gesundheits- oder Sozialwesens an einer Betreuung des Kindes gehindert ist und eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann,
- 1.5.4 einer der Personensorgeberechtigten nachweist, dass sie oder er als Studentin oder Student einer Hochschule oder der Berufsakademie Sachsen wegen der unmittelbaren Vorbereitung auf eine oder der Ablegung einer zur Abschlussnote zählenden Prüfung an einer Betreuung des Kindes gehindert ist und eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann, oder
- 1.5.5 das Jugendamt aufgrund andernfalls drohender Kindeswohlgefährdung die Notwendigkeit einer Notbetreuung feststellt.
- 1.6 Zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit nach Ziffer 1.5.1 oder 1.5.2 ist das Formblatt gemäß **Anlage 3** zu verwenden. Das ausgefüllte Formblatt ist der Schule oder den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Gemeinschaftseinrichtungen vorzulegen. Dies gilt entsprechend in Fällen nach Ziffer 1.5.3; in dem Formblatt vorgesehene Unterschriften der Arbeitgeber beziehungsweise nach Ziffer 1.5.3 der Bildungseinrichtung können binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden. Die Schule oder die in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen haben das vorgelegte Formblatt im Original bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 aufzubewahren und danach unverzüglich zu vernichten.
- 2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden, Widerrufsvorbehalt**
- 2.1 Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 23. April 2021 bestimmt.
- 2.2 Diese Allgemeinverfügung wird am 24. April 2021 wirksam und mit Ablauf des 30. Juni 2021 unwirksam.
- 2.3 Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

### 3. Möglichkeit der Einsichtnahme

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlich festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

#### Anlagen:

- Übersicht: Berufliche Tätigkeiten für Notbetreuung nach Ziffer 1.5.1 (**Anlage 1**)
- Übersicht: Berufliche Tätigkeiten für Notbetreuung nach Ziffer 1.5.2 (**Anlage 2**)
- Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung (**Anlage 3**)

#### Begründung

##### A. Allgemeiner Teil

Mit dem durch das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021 (BGBl. I 2021 S. 802) neu eingefügten § 28b des Infektionsschutzgesetzes wurden bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) bei besonderem Infektionsgeschehen eingeführt.

Bei einer Überschreitung des Sieben-Tage-Inzidenzwertes von 165 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt sieht § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes unter anderem vor, dass Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes (Kindertageseinrichtungen und Kinderhorte sowie die nach § 43 Absatz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch erlaubnispflichtige Kindertagespflege) keine Präsenzbeschulung beziehungsweise -betreuung, auch nicht im Wechselmodell, mehr ermöglichen dürfen.

Für Abschlussklassen (hierzu gehörig auch die Klassenstufe 4 der Grundschulen) und Förderschulen können die nach Landesrecht zuständigen Stellen jedoch eine Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts vorsehen. Ab einem Schwellenwert von 100 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner darf den Abschlussklassen und den Förderschulen nur der Präsenzunterricht im Wechselmodell ermöglicht werden. Hiervon können die Länder nicht abweichen.

Zusätzlich wird den nach Landesrecht zuständigen Stellen die Möglichkeit eingeräumt, eine Notbetreuung einzurichten.

Mit dieser Allgemeinverfügung, die aufgrund der Eilbedürftigkeit durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erlassen war, wird für den Freistaat Sachsen von den genannten Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Soweit durch den § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes die den Betrieb der Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen regelnden Bestimmungen der jeweils geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht verdrängt werden, gelten diese fort. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtung zur Einhaltung von Schutz- und

Hygienemaßnahmen, wie das Tragen von Mund-Nasen-Schutz und die Einhaltung des Mindestabstands.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu 1.:**

#### **Zu 1.1:**

Beschrieben wird der unter A. Allgemeiner Teil näher erläuterte Regelungsgehalt der Allgemeinverfügung.

#### **Zu 1.2:**

Die Ziffer 1.2 enthält eine Legaldefinition des Begriffes Abschlussklassen. Sie entspricht, ergänzt um die Klassenstufe 4 der Grundschulen und die Studienreferendare im Vorbereitungsdienst an den Lehrerausbildungsstätten, der Aufzählung in § 5a Absatz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 29. März 2021 (SächsGVBl. S. 334), die zuletzt durch die Verordnung vom 16. April 2021 (SächsGVBl. S. 450) geändert worden ist. Nicht mehr in der Aufzählung enthalten sind die Förderschulen, da diese nunmehr nach Ziffer 1.3 gänzlich von der Untersagung ausgenommen werden. Prüfungen, insbesondere Abschlussprüfungen, sind kein Unterricht und bleiben daher von der Untersagung nach § 28b Absatz 3 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes unberührt.

#### **Zu 1.3:**

Mit dieser Bestimmung wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Abschlussklassen sowie den Förderschulen trotz Überschreiten des maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenzwertes eine Präsenzbeschulung im Wechselmodell zu eröffnen.

Für die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen und -jahrgänge sowie den Absolventen des Vorbereitungsdienstes in den Lehrämtern ist ein vollwertiger Abschluss abzusichern, der auch dem Vergleich mit den entsprechenden Abschlüssen anderer (Bundes-)Länder standhält. Ihnen kommt daher ein Vorrang zu. Da an Gymnasien, Beruflichen Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs auch Leistungen und Benotungen aus der vorletzten Jahrgangsstufe in die Gesamtqualifikation einfließen, erstreckt sich der Vorrang auch auf diese Jahrgangsstufen. Der Minimierung von Infektionsrisiken dienen unter anderem die durch das Wechselmodell mögliche Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen allen Anwesenden.

Für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird mit der Regelung ein möglichst kontinuierliches Bildungsangebot eröffnet. Viele Studien belegen, dass gerade diese Schülerinnen und Schüler auf eine regelmäßige Unterrichtung in Präsenz angewiesen sind.

#### **Zu 1.4:**

Die Vorschrift regelt, für welche Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne von § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes in welchem Zeitraum eine Notbetreuung erlaubt ist.

#### **Zu 1.5:**

Die Vorschrift regelt, für die Kinder welcher Personengruppen eine Notbetreuung ermöglicht werden soll. Inhaltlich entspricht die Regelung weitestgehend den Bestimmungen der Notbetreuung, die auch durch die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung bei verschärfenden Maßnahmen der jeweils aktuellen regionalen Infektionslage durch die zuständigen kommunalen Behörden mindestens zulässig sein soll,

vergleiche § 8d Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 29. März 2021.

### **Zu 1.6:**

Auch bezüglich der Nachweisführung wird an die genannten Bestimmungen angeknüpft. Soweit in den Schulen und Gemeinschaftseinrichtungen bereits Bescheinigungen über die Berechtigung auf Notbetreuung vorhanden sind, können diese zur Nachweisführung herangezogen werden.

### **Zu 2.:**

#### **Zu 2.1:**

Die Regelung legt den Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung auf den nächst zulässigen Termin fest, damit die unter Ziffer 1. angeordneten Maßnahmen ihre Wirkung schnellstmöglich entfalten können.

#### **Zu 2.2:**

Diese Regelung legt den Geltungszeitraum der Allgemeinverfügung fest. Sie orientiert sich dabei an dem auch für § 28b des Infektionsschutzgesetzes vorgesehenen Befristungszeitraum.

#### **Zu 2.3:**

Der Widerrufsvorbehalt stellt klar, dass eine jederzeit mögliche Änderung der gegenwärtigen Infektionssituation eine – stets am allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientierte – Anpassung der Allgemeinverfügung, trotz ihrer kurzen Geltungsdauer, nach sich ziehen kann. Wie die vergangenen Monate erwiesen haben, entwickelt sich die Infektionslage häufig dynamisch und bringt auch Anpassungen von Rechtsgrundlagen mit sich. Um mit dieser Dynamik im Interesse eines optimalen Infektionsschutzes Schritt halten zu können, bedarf es der Flexibilität in der Handhabung des rechtlichen Instrumentariums.

### **Zu 3:**

Die Regelung bestimmt, wo und wann Einsicht in die Originaltexte dieser Allgemeinverfügung genommen werden kann.

## **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerte seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;
- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Dresden, den 23. April 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin



## Anlage 1

Notbetreuung, wenn **beide Personensorgeberechtigten** oder der alleinige Personensorgeberechtigte beziehungsweise in Fällen der Umgangsregelung der zur Antragstellung aktuell Personensorgeberechtigte wie folgt beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert sind

**Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

- Sächsischer Landtag
- Polizei
- Justizvollzug
- Gerichte und Staatsanwaltschaften
- Notarinnen und Notare, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Rechtliche Betreuerinnen und Betreuer im Sinne von § 1896 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Wahrnehmung von unaufschiebbaren Terminen
- behördlich eingerichtete Krisenstäbe
- Berufsfeuerwehr
- freiwillige Feuerwehr, sofern Tagesbereitschaft besteht
- Bergsicherungsbetriebe und Grubenwehren
- Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen
- Opfer- und Gewaltschutzeinrichtungen
- betriebsnotwendiges eigenes und beauftragtes Personal in Einrichtungen und Behörden des Freistaates Sachsen, des Bundes, der Bundeswehr, der sächsischen Kommunen und ihrer Verbände sowie der Bundesagentur für Arbeit

**Sicherstellung der öffentlichen Infrastruktur und Versorgungssicherheit  
(nur zwingend für den Betrieb benötigtes Personal)**

- Telekommunikation, sicherheitsrelevante IT-Infrastruktur, Postdienstleistungen
- Energieversorgung einschließlich Tankstellen und Mineralölunternehmen (Netzsicherstellung)
- Wasserversorgung
- Entsorgung (Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft)
- Öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr, Energieversorgungsunternehmen, jeweils einschließlich zugehöriger Infrastrukturunternehmen
- Binnenschifffahrt
- Luftverkehr
- Rundfunk, Fernsehen, Presse einschließlich Herstellung von Pressedruckzeugnissen
- Personal in Banken (einschließlich SAB) und Sparkassen, die mit der Bewältigung der Corona-Pandemie befasst sind
- Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, die für die Bearbeitung von Entschädigungsanträgen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erforderlich sind
- Personal der gesetzlichen Krankenkassen sowie der Dienstleister für Abrechnung und Forderungseinzug der Leistungserbringer im Gesundheitswesen, sofern sie im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erforderlich sind

**Ernährung und Waren des täglichen Bedarfs**

- Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft
- Lebensmittelhandel und -großhandel
- Transport und Logistik zur Sicherstellung des täglichen Bedarfs

**Gesundheitsversorgung und Pflege**

- Krankenhäuser und medizinische Fakultäten
- Rettungsdienst
- Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Tierarztpraxen, Praxen von Gesundheitsfachberufen
- Psychotherapiepraxen, Psychosoziale Notfallversorgung
- Apotheken, Labore, Sanitätshäuser, Drogerien
- Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln und Medizinprodukten
- stationäre Einrichtungen für Pflege, medizinische Rehabilitation, Eingliederungs- und Sozialhilfe
- ambulante Pflegedienste und Dienste der Eingliederungs- und Sozialhilfe sowie der medizinischen Rehabilitation
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in Krankenhäusern und medizinischen Fakultäten

**Bildung und Erziehung (nur zwingend benötigtes Personal)**

- Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung einschließlich heilpädagogische Kindertageseinrichtungen
- stationäre, teilstationäre und ambulante Hilfen der Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in den genannten Einrichtungen der Bildung und Erziehung

**Anlage 2**

Notbetreuung, wenn **nur einer der Personensorgeberechtigten** wie folgt beruflich tätig, und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert ist sowie eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann

**Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

- Polizei
- Justizvollzug
- behördlich eingerichtete Krisenstäbe
- Berufsfeuerwehr
- Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen
- betriebsnotwendiges Personal in Einrichtungen und Behörden des Freistaates Sachsen, des Bundes, der Bundeswehr, der sächsischen Kommunen und ihrer Verbände sowie der Bundesagentur für Arbeit sofern ein Personensorgeberechtigter mit Aufgaben der Bekämpfung der Corona-Pandemie betraut ist
- Personal der obersten Landesgesundheitsbehörde (einschließlich der Landesuntersuchungsanstalt), das unmittelbar mit der Bewältigung der Corona-Pandemie befasst ist
- Personal, das mit der Umsetzung der Test- und Impfstrategie im Freistaat Sachsen befasst ist
- notwendiges Personal zum Betrieb der Flughäfen der MFAG im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie

**Gesundheitsversorgung und Pflege**

- Krankenhäuser und medizinische Fakultäten
- Rettungsdienst
- Arztpraxen und Zahnarztpraxen
- Psychotherapiepraxen und Psychosoziale Notfallversorgung
- Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
- Apotheken
- Labore
- Sanitätshäuser
- Drogerien
- Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln und Medizinprodukten
- stationäre Einrichtungen für Pflege, medizinische Rehabilitation, Eingliederungshilfe
- ambulante Pflegedienste
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in Krankenhäusern und medizinischen Fakultäten sowie stationären Einrichtungen für Pflege, medizinische Rehabilitation, Eingliederungshilfe
- Bestattungswesen

**Bildung und Erziehung**

- Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung einschließlich heilpädagogische Kindertageseinrichtungen
- stationäre, teilstationäre und ambulante Hilfen der Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe
- Wirtschafts-, Versorgungs- und Reinigungspersonal in den genannten Einrichtungen der Bildung und Erziehung

### Anlage 3

## Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung

### **A. Nachweis für die berufliche Tätigkeit nach Ziffer 1.5.1.**

Notbetreuung wird nur in einem sehr restriktiven Rahmen gewährt, damit durch die Schließung von Einrichtungen die Entstehung von Infektionsketten vermieden beziehungsweise verzögert wird. Wenn die Voraussetzungen nach **Ziffer 1.5.1** der Allgemeinverfügung „Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 Infektionsschutzgesetz“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 23. April 2021, Az.: 15-5012/172/18, sowie der zugehörigen **Anlage 1** hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit der Personensorgeberechtigten nicht erfüllt sind, wird das Kind grundsätzlich nicht aufgenommen.

**Die nachfolgenden Angaben müssen wahrheitsgemäß und vollständig sein.**

**Name, Geburtsdatum, Anschrift betreutes Kind:**

Es wird bestätigt, dass beide Personensorgeberechtigten oder der alleinige Personensorgeberechtigte bzw. in Fällen der Umgangsregelung der zur Antragstellung aktuell Personensorgeberechtigte gemäß der Anlage 1 der oben genannten Allgemeinverfügung beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert sind:

<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):</b> <b>Personensorgeberechtigter A</b>	<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):</b> <b>Personensorgeberechtigter B</b>
     <b>Ort, Datum, Unterschrift</b>	     <b>Ort, Datum Unterschrift</b>
<b>Arbeitgeber Personensorgeberechtigter A</b> Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer für Rückfragen	<b>Arbeitgeber Personensorgeberechtigter B</b> Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer für Rückfragen
     <b>Ort, Datum, Unterschrift<sup>1</sup></b>	     <b>Ort, Datum, Unterschrift<sup>2</sup></b>
<b>Im Falle der alleinigen Personensorgeberechtigung bzw. aktuellen Umgangsrechts: Ich bestätige, das alleinige Personensorgerecht bzw. das aktuelle Umgangsrecht zu haben.</b>	
     <b>Ort, Datum, Unterschrift Personensorgeberechtigter</b>	

<sup>1</sup> Die Unterschrift des Arbeitgebers kann binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden.

<sup>2</sup> Die Unterschrift des Arbeitgebers kann binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden.

### Anlage 3

# Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung

### **B. Nachweis für die berufliche Tätigkeit nach Ziffer 1.5.2.**

Notbetreuung wird nur in einem sehr restriktiven Rahmen gewährt, damit durch die Schließung von Einrichtungen die Entstehung von Infektionsketten vermieden beziehungsweise verzögert wird. Wenn die Voraussetzungen **Ziffer 1.5.2** der Allgemeinverfügung „Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 Infektionsschutzgesetz“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 23. April 2021, Az.: 15-5012/172/18, sowie der zugehörigen **Anlage 2** hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit der Personensorgeberechtigten nicht erfüllt sind, wird das Kind grundsätzlich nicht aufgenommen.

**Die nachfolgenden Angaben müssen wahrheitsgemäß und vollständig sein.**

**Name, Geburtsdatum, Anschrift betreutes Kind:**

Es wird bestätigt, dass einer der beiden Personensorgeberechtigten gemäß der **Anlage 2** der oben genannten Allgemeinverfügung beruflich tätig und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Gründe an einer Betreuung des Kindes gehindert ist sowie eine Betreuung durch den anderen Personensorgeberechtigten nicht abgesichert werden kann:

<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):</b> <b>Personensorgeberechtigter A</b>	<b>Name, Anschrift (sofern abweichend):</b> <b>Personensorgeberechtigter B</b>
Ort, Datum, Unterschrift	Ort, Datum Unterschrift
<b>Arbeitgeber Personensorgeberechtigter A</b> Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer für Rückfragen	
Ort, Datum, Unterschrift <sup>3</sup>	

<sup>3</sup> Die Unterschrift des Arbeitgebers kann binnen eines Arbeitstages nach der erstmaligen Inanspruchnahme der Notbetreuung nachgereicht werden.

## Anlage 3

**Formblatt zum Nachweis der beruflichen Tätigkeit für die Notbetreuung****Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung**

Hiermit willige ich/willigen wir ein, dass die

---

(Angabe Name Gemeinschaftseinrichtung/Schule)

die oben genannten personenbezogenen Daten zum Zweck der Prüfung der Notbetreuung meines Kindes verarbeiten darf. Die Daten werden bis zum Ende der Notbetreuung gespeichert und nach Ablauf des 30. Juni 2021 gelöscht oder vernichtet. Die Einwilligung ist freiwillig und jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufbar.

**Ohne Einwilligung kann eine Notbetreuung nicht stattfinden.**

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung ist die betreuende Einrichtung. Diese erfüllt die Betroffenenrechte gemäß Art. 13 Abs. 2 DSGVO (Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung).

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung ist die betreuende Einrichtung. Diese erfüllt die Betroffenenrechte gemäß Artikel 13 Absatz 2 DSGVO (Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung). Das Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO) und auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO) können dem Verantwortlichen gegenüber geltend gemacht werden. Beschwerden hinsichtlich der Datenverarbeitung können beim Verantwortlichen, dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen oder dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten eingelegt werden.

Die Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten der betreuenden Einrichtung können bei der betreuenden Einrichtung erfragt werden.

Ort, Datum,  
Unterschrift Personensorgeberechtigter A

Ort, Datum,  
Unterschrift Personensorgeberechtigter B

# **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Ausnahme von der Untersagung der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen**

**Az.: 15-5012/172/18**

**Vom 23. April 2021**

Aufgrund des § 28b Absatz 3 Satz 4 in Verbindung mit Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 3 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der durch die Verordnung vom 13. März 2020 (SächsGVBl. S. 82) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende

### **Allgemeinverfügung:**

#### **1. Regelungsgegenstand**

- 1.1 Diese Allgemeinverfügung regelt die Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts für Abschlussklassen bei Überschreiten der maßgeblichen Sieben-Tage-Inzidenz von 165 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt im Freistaat Sachsen.
- 1.2 Abschlussklassen im Sinne dieser Allgemeinverfügung sind Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge der:
  - 1.2.1 Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum,
  - 1.2.2 Hochschule der Sächsischen Polizei (FH),
  - 1.2.3 Polizeifachschulen,
  - 1.2.4 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen,
  - 1.2.5 Ausbildungszentrum Bobritzsch,
  - 1.2.6 Ausbildungsstätten für den Vorbereitungsdienst der Rechtsreferendare und den Begleitunterricht der Justizsekretärsanwärter und -anwärterinnen sowie der Rechtspflegeranwärter und -anwärterinnen,
  - 1.2.7 Fachschulen für Landwirtschaft Döbeln, Großenhain, Löbau, Plauen, Zwickau, Fachschule für Agrartechnik Dresden-Pillnitz, Fachschule für Gartenbau Dresden-Pillnitz und des Fachschulzentrums Freiberg-Zug.

#### **2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden, Widerrufsvorbehalt**

- 2.1 Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 23. April 2021 bestimmt.
- 2.2 Diese Allgemeinverfügung wird am 24. April 2021 wirksam und mit Ablauf des 30. Juni 2021 unwirksam.

- 2.3 Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

#### **3. Möglichkeit der Einsichtnahme**

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlich festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

### **Begründung**

#### **A. Allgemeiner Teil**

Mit dem durch das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021 (BGBl. I 2021 S. 802) neu eingefügten § 28b des Infektionsschutzgesetzes wurden bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) bei besonderem Infektionsgeschehen eingeführt.

Bei einer Überschreitung des Sieben-Tage-Inzidenzwertes von 165 je 100 000 Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt sieht § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes unter anderem vor, dass Schulen und Hochschulen keine Präsenzbeschulung, auch nicht im Wechselmodell, mehr ermöglichen dürfen.

Für Abschlussklassen können die nach Landesrecht zuständigen Stellen jedoch eine Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts vorsehen. Ab einem Schwellenwert von 100 Neuinfektionen je 100 000 Einwohnern darf den Abschlussklassen nur der Präsenzunterricht im Wechselmodell ermöglicht werden. Hiervon können die Länder nicht abweichen.

Mit dieser Allgemeinverfügung werden gemäß § 28b Absatz 3 Satz 4 des Infektionsschutzgesetzes Ausnahmen

für die Lehranstalten und Ausbildungsstätten in staatlicher Trägerschaft geschaffen, die für den öffentlichen Dienst ausbilden und insbesondere auf das Ablegen einer Laufbahnprüfung vorbereiten. Um den weiteren Ausbildungsgang und den Lernerfolg nicht zu gefährden, ist es erforderlich, den Unterricht in den Abschlussklassen zu ermöglichen.

Durch diese Allgemeinverfügung, die aufgrund der Eilbedürftigkeit durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erlassen war, wird für den Freistaat Sachsen von den genannten Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Soweit durch den § 28b Absatz 3 des Infektionsschutzgesetzes die den Betrieb der Schulen und Hochschulen regelnden Bestimmungen der jeweils geltenden Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht verdrängt werden, gelten diese fort. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtung zur Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen, wie das Tragen von Mund-Nasen-Schutz und die Einhaltung des Mindestabstands.

#### **B. Besonderer Teil**

Die Vorschrift benennt die Lehranstalten und Ausbildungsstätten, in denen der Präsenzunterricht in den Abschlussklassen ermöglicht wird.

Dresden, den 23. April 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;
- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

**Allgemeinverfügung  
Vollzug des Infektionsschutzgesetzes  
Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie  
Anordnung von Schutzmaßnahmen an Krankenhäusern  
zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus  
und zur Behandlung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten**

**Az.: 34-5012/97**

**Vom 28. April 2021**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt erlässt auf der Grundlage von § 28 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes folgende

**Allgemeinverfügung:**

Zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus und zur Behandlung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten werden folgende Schutzmaßnahmen an Krankenhäusern auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen angeordnet:

1. Die Koordination durch die Krankenhäuser der Maximalversorgung
  - Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden für das Gebiet des ehemaligen Direktionsbezirks Dresden,
  - Universitätsklinikum Leipzig für das Gebiet des ehemaligen Direktionsbezirks Leipzig und
  - Klinikum Chemnitz für das Gebiet des ehemaligen Direktionsbezirks Chemnitzwird beibehalten. Dies umfasst insbesondere die medizinische Koordinierung der Krankenhäuser in der jeweiligen Region unter Einbindung der Leitstellen, Träger der Rettungsdienste und Gesundheitsämter.
2. Alle Allgemeinkrankenhäuser und Fachkrankenhäuser sind verpflichtet, unter maximaler Ausschöpfung der jeweiligen personellen und strukturellen Ressourcen an der Bewältigung der Corona-Pandemie mitzuwirken. Sie müssen daher in der Lage sein, planbare Aufnahmen und Operationen bei Bedarf jederzeit so zu reduzieren, dass kurzfristig ausreichende Aufnahmekapazitäten für die Notfallbehandlung von COVID-19-Patienten bereitstehen (insbesondere Intensivmedizin). In diesem Fall sind planbare Aufnahmen, soweit medizinisch vertretbar und erforderlich, auf unbestimmte Zeit zu verschieben und auszusetzen.
3. Alle Allgemeinkrankenhäuser und Fachkrankenhäuser sind verpflichtet, mit den unter Nummer 1 genannten Krankenhauskoordinatoren zu kooperieren.
4. Weitere Schutzmaßnahmen bleiben vorbehalten.

5. Diese Allgemeinverfügung tritt am 1. Mai 2021 in Kraft. Sie gilt zunächst bis einschließlich 30. Juni 2021.

6. Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung kann eingesehen werden im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, bei Referat 15 Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags in der Zeit von 9 Uhr bis 15 Uhr.

**Begründung**

Nach § 28 Absatz 1 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in §§ 29 bis 31 des Infektionsschutzgesetzes genannten Maßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Die Zahl der im Freistaat Sachsen festgestellten Infektionen mit COVID-19 steigt nach wie vor täglich. Die Zahl von krankenhausbearbeitungsbedürftigen Patientinnen und Patienten ging ab Anfang Januar 2021 bis Anfang März 2021 zwar zurück, steigt jedoch mittlerweile wieder stetig an (Stand 22. April 2021, 12:00 Uhr: 1 589 krankenhausbearbeitungsbedürftige COVID-19-Patienten, davon 415 ITS-Patienten).

Durch die in den Nummern 1 bis 3 angeordneten Maßnahmen sollen daher weiterhin Versorgungsengpässe in den Krankenhäusern des Freistaates Sachsen vermieden werden.

Gründe des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes) machen die Allgemeinverfügung erforderlich. Die Rechte der Träger der Krankenhäuser treten demgegenüber zurück. Auch mit Blick auf die zeitliche Befristung ist die Verhältnismäßigkeit gewahrt.

Nummer 6 regelt die Einsehbarkeit dieser Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung.



**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz,
- Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden,
- Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig.

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Allgemeinverfügung soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsät-

zen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung**

- Gegen Verwaltungsakte des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein Widerspruchsverfahren nicht vorgesehen. Durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Klagefrist nicht gewahrt.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen.
- Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, muss das elektronische Dokument entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen werden oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung eingereicht werden. Die weiteren Maßgaben für die Übermittlung des elektronischen Dokumentes ergeben sich aus Kapitel 2 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Dresden, den 28. April 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

# **Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft**

## **Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Richtlinie Speicher**

**Vom 24. April 2021**

### **I. Änderung der Richtlinie Speicher**

Die Richtlinie Speicher vom 14. Dezember 2017 (Sächs-ABI. 2018 S. 17), die durch die Richtlinie vom 12. Dezember 2019 (Sächs-ABI. SDr. 2020 S. S 22) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2019 (Sächs-ABI. SDr. S. S 398) wird wie folgt geändert:

1. Der Titel der Richtlinie wird wie folgt geändert:  
„Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Gewährung von Zuwendungen zur Speicherung von Energie (FRL Speicher/2021).“
2. Ziffer I wird wie folgt geändert:
  - a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 2 wird das Wort „kleinteiligen“ durch das Wort „dezentralen“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „Systemintegration“ die Wörter „und Sektorenkopplung“ eingefügt.
    - cc) In Satz 4 wird das Wort „Stromspeicherung“ durch die Wörter „Strom- und Wärmespeicherung“ ersetzt.
  - b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) Buchstabe b wird wie folgt geändert:
      - aaa) Die Angabe „23. Oktober 2019 (Sächs-ABI. S. 1590)“ wird durch die Angabe „22. Dezember 2020 (Sächs-ABI. 2021 S. 20)“ ersetzt.
      - bbb) Die Angabe „8. Dezember 2017 (Sächs-ABI. SDr. S. S 378)“ wird durch die Angabe „9. Dezember 2019 (Sächs-ABI. SDr. S. S 352)“ ersetzt.
    - bb) Der letzte Absatz wird wie folgt gefasst:  
„Zuwendungen für investive Vorhaben, die einer Erhöhung des Eigenverbrauchs von Solarstrom dienen durch Wärmespeicher sowie Stromspeicher, einschließlich Quartierspeicher und Nachrüstsätzen und Kombinationen der Stromspeicher mit Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.“
  - c) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) Nach der Angabe „2013, S. 1),“ wird die Angabe „die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/972 vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist,“ eingefügt.
    - bb) Nach der Angabe „2013, S. 9),“ wird die Angabe „die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2019/316 vom 21. Februar 2019 (ABl. L 511 vom 22.2.2019, S. 1) geändert worden ist,“ eingefügt.
    - cc) Nach der Angabe „2014, S. 45)“ wird die Angabe „, die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15) geändert worden ist,“ eingefügt.
    - dd) Nach der Angabe „2012, S. 8)“ wird die Angabe „, die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/1474 vom 13. Oktober 2020 (ABl. L 337 vom 14.10.2020, S. 1) geändert worden ist“ eingefügt.
    - ee) In Nummer 3 wird das letzte Wort „Nachfolgeregelung“ durch das Wort „Nachfolgeregelungen“ ersetzt.
3. Ziffer II wird wie folgt neu gefasst:
  - „1. Gefördert werden
    - a) Investitionen für wieder aufladbare ortsfeste Speicher für elektrische Energie auf Basis der Umwandlung chemischer Energie (Stromspeicher, einschließlich Quartierspeicher und Nachrüstsätze), mit Ausnahme von Blei-Akkumulatoren, auch in Verbindung mit ortsfester Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge,
    - b) Investitionen für Anlagen zur Speicherung von elektrischer Energie, aus Photovoltaikanlagen, die in thermische Energie umgewandelt wird (ortsfeste Wärmespeicher in Form von Neuinvestitionen, Ersatzinvestitionen in oder Erweiterungen von saisonalen Energiespeichersystemen).
  2. Nicht gefördert werden Ausgaben für gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie Investitionen in Anlagen und/oder Anlagenteile, die Eigenbauanlagen und/oder Prototypen sind. Als Prototyp gelten Anlagen, die sich noch im Erprobungsstadium befinden beziehungsweise als Versuchsmodelle betrieben werden oder betrieben worden sind. Individuelle, objektbezogene technische Lösungen unter Verwendung marktfähiger Anlagen fallen nicht unter den Begriff des Prototyps oder der Eigenbauanlage.“
4. Ziffer III wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift und im Unterabsatz 1 wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
  - b) In Unterabsatz 1 wird nach den Wörtern „Freier Beruf, die“ das Wort „jeweils“ eingefügt.
  - c) Unterabsatz 2 wird wie folgt neu gefasst:  
„Nicht gefördert werden Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung des Freistaates Sachsen, anderer Bundesländer oder des Bundes mehr als 10 Prozent des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt.“

- d) Es wird folgender neuer Unterabsatz 3 angefügt:  
 „Contracting ist ausgeschlossen. Contracting bezeichnet einen Vertrag, bei dem ein Dienstleistungsunternehmen (Contractor) die Energieversorgung der Liegenschaft des Kunden (Contractingnehmer) während einer vereinbarten Vertragslaufzeit in alleiniger Verantwortung übernimmt. Der Contractor ist wirtschaftlicher ‚Eigentümer‘ der Anlage. Er plant, finanziert und errichtet die zur Energiebereitstellung notwendigen Anlagen (das heißt das Speichersystem), oder er übernimmt eine beim Kunden bereits vorhandene Anlage. Außerdem wartet er sie, setzt sie bei Bedarf instand oder erneuert sie gegebenenfalls. Der Vertrag kann die Lieferung von Kälte, Wärme und elektrische Energie umfassen.“

5. Ziffer IV wird wie folgt neu gefasst:

„1. Stromspeicher

- a) Förderfähig sind dezentrale, mit dem öffentlichen Stromnetz dauerhaft gekoppelte Stromspeicher mit einer nutzbaren Kapazität von mehr als 10 Kilowattstunden (kWh) ohne Ladeinfrastruktur oder mehr als 8 Kilowattstunden (kWh) mit Ladeinfrastruktur, die jeweils mit einer Photovoltaikanlage von mindestens 9 Kilowattpeak (kWp) gekoppelt werden. Die Photovoltaikanlage muss nach dem 1. Januar 2020 entweder errichtet oder um mindestens 5 Kilowattpeak (kWp) auf mindestens 9 Kilowattpeak (kWp) erweitert worden sein.  
 Eine Förderung von Nachrüstsätzen ist unter denselben Bedingungen möglich.
- b) Förderfähig sind mit dem Stromspeicher verknüpfte ortsfeste Ladepunkte für Elektrofahrzeuge, im Folgenden als Ladepunkte AC (Laden mit Wechselstrom) und Ladepunkte DC (Laden mit Gleichstrom) bezeichnet, mit einer Ladeleistung je Ladepunkt AC von mindestens 4,0 Kilowatt (kW) sowie mit einer Ladeleistung je Ladepunkt DC von mindestens 10,0 Kilowatt (kW).
- c) Mehrere Stromspeicher, die sich auf demselben Grundstück, demselben Betriebsgelände oder sonst in unmittelbarer räumlicher Nähe befinden oder denselben Netzanschlusspunkt nutzen, gelten als ein Vorhaben. Diese Regelung gilt nur, wenn die Stromspeicher innerhalb von zwölf aufeinanderfolgenden Kalendermonaten in Betrieb genommen worden sind.
- d) Die Kopplung des Stromspeichers mit dem öffentlichen Stromnetz sowie die Kopplung mit der Photovoltaikanlage sind in Form des jeweiligen Nachweises der Registrierung im Marktstammdatenregister (Kopie der Meldebestätigung oder des Meldeformulars) nachzuweisen.
- e) Die Antragstellenden haben ihr Einverständnis zu erklären, dass die Kenndaten der Anlage(n) der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH zur Verarbeitung zur Verfügung gestellt werden.

2. Wärmespeicher

- a) Förderfähig sind dezentrale Energiespeichersysteme, die elektrische Energie aus Photovoltaikanlagen in thermische Energie umwandeln und speichern (zum Beispiel Warmwasserspeicher, Kältespeicher, Latentwärmespeicher, Thermobatterien), mit einem nutzbaren Speichervolumen von mehr als zehn Kubikmetern Wasseräquivalent (entspricht einem Standardspeicher von mehr als 10 000 Litern), die mit einer Photovoltaikanlage von mindestens

9 Kilowattpeak (kWp) gekoppelt werden. Dies ist durch eine Bestätigung des Installationsbetriebes nachzuweisen. Die Photovoltaikanlage muss nach dem 1. Januar 2020 entweder errichtet oder um mindestens 5 Kilowattpeak (kWp) auf mindestens 9 Kilowattpeak (kWp) erweitert worden sein. Wasseräquivalent ist die Wärmekapazität eines Speichermediums, die der eines Kubikmeters Wasser im flüssigen Zustand bei Normaldruck entspricht.

- b) Die Antragstellenden haben ihr Einverständnis zu erklären, dass die Kenndaten der Anlage(n) der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH zur Verarbeitung zur Verfügung gestellt werden.“

6. Ziffer V Nummer 2 wie folgt neu gefasst:

„2. Höhe der Zuwendung

Eine Förderung wird als De-minimis-Beihilfe gewährt.

Die in den Ausgaben enthaltene Umsatzsteuer ist nicht zuwendungsfähig.

a) Stromspeicher

Die Zuwendung für konventionelle Stromspeicher besteht aus einem Sockelbetrag in Höhe von 500 Euro zuzüglich eines Leistungsbetrages in Höhe von 200 Euro pro kWh Nutzkapazität, insgesamt jedoch höchstens 50 000 Euro. Die Nutzkapazität ist auf eine Nachkommastelle kaufmännisch zu runden.

Bei der Förderung von Nachrüstsätzen wird kein Sockelbetrag gewährt.

Für die mit dem Stromspeicher verknüpfte Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge beträgt die Zuwendung 400 Euro pro Ladepunkt AC und 1 500 Euro pro Ladepunkt DC.

b) Wärmespeicher

Die Zuwendung für Wärmespeicher wird in Höhe von 250 Euro pro Kubikmeter Wasseräquivalent (nutzbares Speichervolumen) als Festbetrag je Einzelanlage gewährt, insgesamt jedoch höchstens 50 000 Euro. Das nutzbare Speichervolumen ist auf eine Nachkommastelle kaufmännisch zu runden.

c) Kombinationen aus Strom- und Wärmespeichern

Die Kombination von Strom- und Wärmespeichern ist möglich und muss in einem Antrag erfolgen. Die maximale Zuwendung beträgt 50 000 Euro. Die Höhe des Leistungsbetrages richtet sich nach den Buchstaben a und b. Zudem sind die Zuwendungsvoraussetzungen nach Ziffer IV einzuhalten.“

7. Ziffer VI wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „nach Ziffer II Nummer 1“ gestrichen.

bb) Satz 2 wird gestrichen.

b) Nach Nummer 1 wird folgende neue Nummer 2 eingefügt:

„2. Eine Zuwendung wird nur gewährt, wenn die Gesamthöhe der Zuwendungen nach Ziffer V Nummer 2 mehr als 2 500 Euro beträgt.“

c) Nummer 5 alt wird gestrichen.

d) Aus den Nummern 2 bis 4 alt werden die Nummern 3 bis 5 neu.

e) In Nummer 4 neu wird das Wort „Stromspeichers“ durch das Wort „Wärme- beziehungsweise Stromspeichers“ ersetzt.

## 8. Ziffer VII wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
  - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:  
„Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung muss unter Verwendung der durch die SAB bereitgestellten Formulare erfolgen.“
  - bb) Es wird folgender Satz 2 neu eingefügt:  
„Die Formulare sind unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) abrufbar.“
  - cc) Satz 2 alt wird zu Satz 3 neu.
  - dd) Buchstabe a wird wie folgt geändert:
    - aaa) Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:  
„Dazu zählen unter anderem technische Datenblätter und mindestens ein Kostenangebot mit Einzelaufstellung der Ausgaben für den Wärme- beziehungsweise Stromspeicher.“
    - bbb) Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 neu angefügt:  
„Weitere geeignete Unterlagen können seitens der SAB bei den Antragstellenden angefordert werden, soweit dies zur Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendig ist.“
  - ee) Buchstabe b wird wie folgt neu gefasst:  
„Die Erklärung, dass die Folgekosten der Investition getragen werden können, mit Darstellung

- der Gesamtfinanzierung bei Begünstigten, die dem kommunalen Haushaltsrecht unterliegen.“
- b) In Nummer 3 werden die Wörter „Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ durch die Wörter „Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft“ ersetzt.
- c) Nummer 4 wird wie folgt neu gefasst:
  - „4. Die Beantragung der Auszahlung muss unter Verwendung der durch die SAB bereitgestellten Formulare erfolgen. Die Formulare sind unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) abrufbar. Die Beantragung der Auszahlung der Zuwendung ist nur auf der Grundlage getätigter Ausgaben (Erstattungsprinzip) und nur zusammen mit der Vorlage des Verwendungsnachweises möglich. Dem Auszahlungsantrag ist zudem die Schlussrechnung sowie der Nachweis der Registrierung im Marktstammdatenregister nach Ziffer IV Nummer 1 Buchstabe e der Richtlinie beizufügen. Die Auszahlung erfolgt nach Verwendungsnachweisprüfung.“
- d) Nummer 5 wird gestrichen.

## II.

**Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 24. April 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

# **Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung**

## **Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Modernisierung von preisgünstigem Mietwohnraum (FRL preisgünstiger Mietwohnraum – FRL pMW)**

**Vom 29. April 2021**

### **I.**

#### **Rechtsgrundlage, Zwecksetzung**

1. Der Freistaat Sachsen gewährt auf der Grundlage des Wohnraumförderungsgesetzes vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), das zuletzt durch Artikel 42 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach den §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 22. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 20) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung, auf Antrag Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
2. Ziel ist die bedarfsgerechte Modernisierung von Mietwohnraum für Mieter mit geringen Einkommen, um gleichwertige Wohn- und Lebensverhältnisse zu schaffen und eine preisgünstige Miete nach Modernisierung im Sinne des § 1 Absatz 1 Halbsatz 1 des Wohnraumförderungsgesetzes sicherzustellen.
3. Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union handelt, werden diese nach Maßgabe der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen gewährt:
  - a) Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
  - b) Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem

wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 (ABl. L 337 vom 14.10.2020, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und

- c) Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

4. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

### **II.**

#### **Gegenstand der Förderung**

1. Gefördert wird die Modernisierung im Sinne von § 16 Absatz 3 des Wohnraumförderungsgesetzes von Mietwohnraum insbesondere durch folgende bauliche Maßnahmen:
  - a) Abbau von Barrieren und Verbesserung der Zugänglichkeit von Wohnungen, Gebäude und Grundstück,
  - b) Gebrauchswerterhöhung, insbesondere für Anpassungsmaßnahmen von Wohnungs- und Gebäudeteilen, Herrichtung zeitgemäßer Sanitärräume, Anbau und Modernisierung von Balkonen, Ein- und Anbau von Aufzugsanlagen einschließlich notwendiger begleitender Arbeiten,
  - c) Schallschutz, Radonschutz, Reduzierung des Energieverbrauchs und der Kohlendioxid-Emissionen sowie Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien,
  - d) Einbruchschutz,
  - e) Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse, insbesondere durch die bessere Gestaltung der Außenfassade und der baulichen Außenanlagen,
  - f) Dach- und Fassadenbegrünung und andere Maßnahmen der Klimaanpassung.
2. Förderfähig sind die notwendigen Ausgaben für die Baukonstruktionen, die technischen Anlagen, die Außenanlagen und Freiflächen sowie die notwendigen Baunebenkosten (Kostengruppen 300 bis 500 und 700 der DIN 276:2018-12).

### III. Zuwendungsempfänger

Eine Zuwendung kann erhalten, wer an dem Mietwohnraum Eigentum oder ein Erbbaurecht hat (berechtigte Person).

### IV. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Eine Förderung erfolgt nur in Gemeinden mit weniger als 300 000 Einwohnern.
  2. Das Gebäude muss bewohnt sein, mehr als zwei Mietwohnungen enthalten und am 31. Dezember des Jahres der Antragstellung mindestens 15 Jahre alt sein. Ein Gebäude gilt auch dann als bewohnt, wenn es im Zeitraum eines Jahres vor der Antragstellung mit Blick auf die Modernisierung leergezogen wurde.
  3. Die im zu modernisierenden Gebäude oder Gebäudeabschnitt durchschnittlich vertraglich vereinbarte Nettokaltmiete zum Stichtag 31. Dezember des vorletzten Kalenderjahres vor dem Jahr der Antragstellung betrug weniger als 4,90 Euro je Quadratmeter. Entsprechendes gilt für Wohnungen eines Eigentümers innerhalb eines Gebäudes. Dieser Mietgrenzbetrag wird, ausgehend vom Stichtag 31. Dezember 2019, jährlich mit 1,5 Prozent pro Jahr dynamisiert.
  4. Maßnahmen mit förderfähigen Gesamtausgaben unter 200 Euro je Quadratmeter Wohnfläche werden nicht gefördert. Wenn eine Gesamtmaßnahme in mehreren Abschnitten durchgeführt wird, die in einem zeitlichen Zusammenhang stehen, zählen die Ausgaben aller Abschnitte zu den Gesamtausgaben.
  5. Die baulichen Maßnahmen sind nur förderfähig, wenn sie mit Blick auf die dauerhafte Verbesserung des Gebrauchs- und Wohnwertes geeignet und wirtschaftlich vertretbar sind. Die Gesamtbelastung aus Finanzierung und den sonstigen Aufwendungen muss auf Dauer tragbar erscheinen. Den baulichen Maßnahmen dürfen keine öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.
  6. Wohnflächen
    - a) Die Mietwohnungen, deren Modernisierung gefördert werden soll, dürfen folgende Wohnflächen-grenzen nicht überschreiten:

1-Personen-Haushalte:	45 Quadratmeter,
2-Personen-Haushalte:	60 Quadratmeter,
3-Personen-Haushalte:	75 Quadratmeter,
4-Personen-Haushalte:	85 Quadratmeter.

Für jede zum Haushalt gehörende weitere Person erhöht sich die Wohnfläche um zehn Quadratmeter.
    - b) Ist aufgrund der baulichen Gegebenheiten des zu modernisierenden Gebäudes die Einhaltung der Wohnflächengrenzen nicht möglich, so ist ausnahmsweise eine Überschreitung der Wohnfläche um bis zu zehn Prozent, in besonders begründeten Ausnahmefällen bis maximal 15 Prozent der anrechenbaren Wohnfläche zulässig. Bei Wohnungen für Personen mit Bedarfen aufgrund von körperlichen Einschränkungen (zum Beispiel bei Rollstuhlnutzung) kann in dem erforderlichen Umfang von den Wohnflächenhöchstgrenzen abgewichen werden.
- c) Die Berechnung der Wohnfläche erfolgt nach der Wohnflächenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl I S. 2346), in der jeweils geltenden Fassung.
  7. Eine Förderung soll nur erfolgen, wenn die nach § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Wohnraumförderung vom 6. Oktober 2013 (SächsGVBl. S. 804), in der jeweils geltenden Fassung, zuständige Gemeinde (zuständige Stelle) bestätigt, dass die Förderung den wohnungspolitischen Zielsetzungen der Gemeinde unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Innen- vor Außenentwicklung“ und der demografischen Entwicklung entspricht sowie der Maßnahme keine sonstigen kommunalen Belange entgegenstehen. Die Bestätigung oder Versagung erfolgt auf der Grundlage eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) oder eines wohnungswirtschaftlichen Entwicklungskonzeptes, hilfsweise einer qualifizierten konzeptionellen Begründung, die dem Förderantrag als Anlage beizufügen ist. Darin ist auch auf die Frage der Verringerung des Wohnungsleerstands durch Rückbau von Wohngebäuden und auf die Freistellung von Belegungsbindungen nach Ziffer VI Nummer 2 Buchstabe b einzugehen.
  8. Eine Zuwendung nach dieser Richtlinie darf nicht einem Unternehmen gewährt werden, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist.
  9. Sofern innerhalb der letzten 15 Jahre bereits wesentliche Modernisierungsmaßnahmen (zum Beispiel an Aufzug, Heizung, Dach oder Fassade) durchgeführt worden sind, sind erneute Maßnahmen an diesen Gebäudebestandteilen beziehungsweise Ausstattungsmerkmalen nicht förderfähig.

### V. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Zuwendungsart  
Projektförderung.
2. Finanzierungsart  
Anteilsfinanzierung bis zu einer Höchstgrenze.
3. Form der Zuwendung  
Die Zuwendungen werden als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Verbindung mit einem zinsverbilligten Darlehen gewährt.
4. Höhe der Zuwendung  
Die nach den Bestimmungen der in Ziffer I Nummer 3 aufgeführten EU-Vorschriften im Einzelfall zulässige Beihilfeshöchstintensität darf nicht überschritten werden.
  - a) Zuschusshöhe  
Die Höhe der Zuwendung beträgt 35 Prozent der im Sinne von Ziffer II förderfähigen Ausgaben, jedoch höchstens 400 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche.
  - b) Darlehenshöhe  
Die Höhe des Darlehens nach Nummer 3 beträgt bis zu 50 Prozent der im Sinne von Ziffer II förderfähigen Ausgaben, mindestens jedoch 50 000 Euro.
    - aa) Höhe der Zinsen:  
Das Darlehen wird für die Dauer der ersten Zinsbindungsfrist von zehn Jahren im Zins verbilligt. Die Höhe des verbilligten Zinssatzes für das Förderdarlehen beträgt zu Programmbeginn null Prozent. Das Staatsministerium für

Regionalentwicklung kann den Zinssatz abweichend festlegen. Der aktuell geltende Zinssatz wird im Internet unter [www.bauen-wohnen.sachsen.de](http://www.bauen-wohnen.sachsen.de) sowie unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) veröffentlicht. Der am Tag des Posteingangs des Antrags bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) geltende Zinssatz ist für die Bewilligung maßgeblich.

bb) **Auszahlung des Darlehens**

Die Auszahlung des Darlehens nach Nummer 3 erfolgt zu 100 Prozent des zugesagten Darlehensbetrages. Die Regelungen zur Abruffrist und Nichtabnahme des Förderdarlehens beziehungsweise eines Teilbetrages sind in den Allgemeinen Bestimmungen der SAB enthalten.

cc) **Tilgung des Darlehens**

Das Darlehen ist in monatlichen Annuitäten, mindestens in Höhe von drei Prozent p. a., zu tilgen. Die tilgungsfreie Zeit beträgt bis zu zwei Jahre ab Bewilligung. Die Bedingungen für vorzeitige Rückzahlungen des Darlehens sowie Teilbeträgen richten sich nach den Allgemeinen Bestimmungen der SAB.

## VI.

### Sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. **Vorhabensbeginn**

Ein Vorhabensbeginn ist ab Antragstellung (Datum Posteingang bei der Bewilligungsstelle) zugelassen, wenn die im Antrag zugrunde gelegten Ausgaben unterhalb folgender Wertgrenzen liegen: bei Anträgen kommunaler Körperschaften unterhalb einer Million Euro und bei sonstigen Anträgen unterhalb von 100 000 Euro. Bei Maßnahmen mit im Antrag zugrunde gelegten Ausgaben ab der jeweils zutreffenden Wertgrenze dürfen Zuwendungen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Baubeginn oder der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.

2. **Bestimmungen zu Belegungsrechten**

- a) Mit dem Zuwendungsbescheid sind für 15 Jahre ab dem Tag der Fertigstellung der Modernisierungsmaßnahme allgemeine Belegungsrechte nach § 26 des Wohnraumförderungsgesetzes für Haushalte zu begründen, deren Gesamteinkommen nach § 20 des Wohnraumförderungsgesetzes die Einkommensgrenze nach § 1 der Sächsischen Einkommensgrenzen-Verordnung vom 10. März 2021 (SächsGVBl. S. 326) nicht überschreitet.
- b) Im Interesse sozial stabiler Bewohnerstrukturen sollen die modernisierten Wohnungen bis zu einem Wechsel der mietenden Person von der Belegungsbindung freigestellt werden, sofern die zuständige Stelle bestätigt, dass die örtlichen wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse dies zulassen. In diesem Fall soll von einem Ausgleich abgesehen werden, weil die Freistellung im überwiegenden öffentlichen Interesse erteilt wird.
- c) Die berechtigte Person hat der zuständigen Stelle bei jedem Wechsel der mietenden Person spätestens einen Monat nach Abschluss des Mietvertrages den Namen der die geförderte Wohnung mietenden Person mitzuteilen sowie eine Kopie des Wohnberechtigungsscheines dieser Person und eine Kopie des Mietvertrages vorzulegen. Eine Vorlage in elektronischer Form ist ausreichend. Die zuständige Stelle prüft, ob die Mietpreis- und

Belegungsbindungen eingehalten worden sind, und führt ein Verzeichnis der mit Belegungsrechten gebundenen Wohnungen und der in diesen Wohnungen wohnenden Personen.

- d) Ist die Wohnung entgegen der Belegungsbindung an eine Person ohne Wohnberechtigungsschein vermietet worden, obwohl die Wohnung nicht nach Buchstabe f von den Belegungsbindungen freigestellt ist, informiert die zuständige Stelle die Bewilligungsstelle. Es treten die Rechtsfolgen nach § 27 Absatz 6 und § 52 des Wohnraumförderungsgesetzes und nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheids ein.
- e) Die Bewilligungsstelle kann nach § 31 des Wohnraumförderungsgesetzes mit der berechtigten Person vereinbaren, dass die Belegungs- und Mietbindungen von geförderten Wohnungen auf Ersatzwohnungen dieser Person übergehen. Über die Vereinbarung ist die zuständige Stelle zu informieren.
- f) Auf Antrag der berechtigten Person kann die Bewilligungsstelle mit Beteiligung der zuständigen Stelle die geförderte Wohnung von den Belegungsbindungen freistellen, wenn die Wohnung nicht bestimmungsgemäß belegt werden kann und eine bestimmungsgemäße Belegung auch nicht zu erwarten ist.

3. **Bestimmungen zur Mietpreisbindung**

- a) Der nach den §§ 559 bis 559d des Bürgerlichen Gesetzbuches umlagefähige Teil der Modernisierungskosten darf nur insoweit auf die Ausgangsmiete aufgeschlagen werden, als die Nettokaltmiete nach Modernisierung 6,50 Euro je Quadratmeter nicht überschreitet. Für Wohnraum, der bei Antragstellung nicht vermietet war, darf bei einer Neuvermietung keine höhere Miete gefordert werden als für den Wohnraum, dessen Miete sich nach Satz 1 bestimmt.
- b) Die nach Abschluss der Modernisierung nach Buchstabe a höchstens zulässige Miete darf während der Zeit einer Belegungsbindung unter Beachtung der §§ 558 bis 558e des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend der Entwicklung der Nettokaltmieten in Sachsen nach der amtlichen Statistik angepasst werden ([www.statistik.sachsen.de/html/verbraucherpreise.html](http://www.statistik.sachsen.de/html/verbraucherpreise.html), Schaltfläche „Weitere Tabellendownloads“, Datei „Sonderindex Wohnen“). Hiervon unabhängig ist eine Mieterhöhung nach einer weiteren Modernisierungsmaßnahme nach den §§ 559 bis 559d des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässig.

4. **Bei der Vermietung der geförderten Wohnung dürfen während der Zeit einer Belegungsbindung keine Provisionen für die Vermittlung und Vermietung gefordert werden.**

5. **Die Vermietung der geförderten Wohnung darf während der Zeit einer Belegungsbindung nicht von der Vermietung von zu Wohnzwecken ungeeigneten Räumen (zum Beispiel Kellerräume, Garagen) abhängig gemacht werden.**

6. **Eine Förderung nach dieser Richtlinie kann durch andere Förderprogramme des Freistaates Sachsen oder der Europäischen Union ergänzt werden, sofern dies die anderen Programme zulassen und die Gesamtsumme der Förderung (Darlehen und Zuschüsse) die Summe der Gesamtausgaben nicht übersteigt. Bezüglich der Mindestinvestitionshöhe (vergleiche Ziffer IV Num-**

mer 4) können diese Maßnahmen als Teil einer Gesamtmaßnahme berücksichtigt werden, sofern sie in einem zeitlichen Zusammenhang stehen.

#### **VII. Verfahren**

1. Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB).
2. Der Antrag auf Förderung nach dieser Richtlinie ist bei der Bewilligungsstelle auf den dafür vorgesehenen Vordrucken beziehungsweise online unter [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de) zu stellen.
3. Die Bewilligungsstelle prüft die Förderfähigkeit des Gesamtvorhabens und die Einhaltung der Zuwendungs Voraussetzungen. Die Bearbeitung erfolgt nach Eingang der vollständigen Antragsunterlagen.
4. Die Bewilligungsstelle übergibt der zuständigen Stelle in elektronischer Form eine Mehrfertigung der Förderzusage.
5. Für den Teil der Zuwendung, der in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses ausgereicht wird, gilt für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
6. Für den Teil der Zuwendung, der in Abweichung von Ziffer I Nummer 1 in privatrechtlicher Form eines zinsverbilligten Darlehens ausgereicht wird, gelten für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Erstattung der gewährten Zuwendungen die Allgemeinen Bestimmungen der SAB sowie die Nummern 3.1, 3.3 Satz 1, 3.5, 4.2.1 bis 4.2.3, 8, 11.3, 11.4, 14 und 15.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, bei Zuwendungen an kommunale Körperschaften die Nummern 3.1, 3.4 Satz 1, 4.2.1 bis 4.2.3, 8, 11.3, 13 und 14.1 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften. Die Prüfungsrechte des Rechnungshofes nach Nummer 7.2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) in Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, bei Zuwendungen an kommunale Körperschaften nach Nummer 7.2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) in Anlage 3a zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, werden Bestandteil der Förderzusage.

#### **VIII. Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 29. April 2021

Der Staatsminister für Regionalentwicklung  
Thomas Schmidt



**Anlage**

(zu Ziffer I Nummer 3 Buchstabe a)

Sofern die Maßnahmen nach dieser Richtlinie als staatliche Beihilfen auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden, sind ergänzend die nachfolgenden Punkte zu beachten:

**1. Anwendbare Freistellungstatbestände**

Eine Förderung für den Bau oder die Modernisierung lokaler Infrastrukturen können auf der Grundlage des Artikels 56 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gewährt werden.

**2. Förderverbot (Artikel 1 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Artikels 1 Absatz 2 bis 5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014.

**3. Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Eine Einzelförderung auf Grundlage dieser Richtlinie ist auf maximal zehn Millionen Euro oder die Gesamtkosten über 20 Millionen Euro für dieselbe Infrastruktur begrenzt.

**4. Transparenz (Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.

**5. Anzeizeffekt (Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten: Name und Größe des Unternehmens, Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses, Standort des Vorhabens, die Kosten des Vorhabens, Art der Beihilfe (Zuschuss) sowie Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

**6. Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.

**7. Kumulierungsregel (Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

**8. Veröffentlichung (Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500.000 Euro werden gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht.

**9. Beihilfefähige Kosten (Artikel 56 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Die beihilfefähigen Kosten sind die Kosten der Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte.

**10. Beihilfehöchstintensitäten (Artikel 56 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Der Beihilfebetrags darf nicht höher sein als die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem Betriebsgewinn der Investition. Der Betriebsgewinn wird von den beihilfefähigen Kosten abgezogen, entweder vorab auf der Grundlage realistischer Projektionen oder über einen Rückforderungsmechanismus.

**11. Geltungsdauer (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 59 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014)**

Die Freistellungstatbestände der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gelten bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.

Sollte die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 nicht verlängert oder durch eine neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung ersetzt werden oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vorgenommen, wird die Richtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

# **Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum (FRL gebundener Mietwohnraum – FRL gMW)**

**Vom 29. April 2021**

## **I.**

### **Rechtsgrundlage, Zweckungszweck**

1. Zur Ausführung des Wohnraumförderungsgesetzes vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), das zuletzt durch Artikel 42 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, gewährt der Freistaat Sachsen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach den §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung, auf Antrag Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
2. Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen zur Schaffung von zweckgebundenem Mietwohnraum im Sinne des § 1 Absatz 1 Halbsatz 1 des Wohnraumförderungsgesetzes in Gemeinden mit entsprechendem Bedarf.
3. Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union handelt, werden sie gewährt:
  - a) nach dem Beschluss 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3),
  - b) nach der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8), in der jeweils geltenden Fassung, oder
  - c) nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach deren jeweiligen Nachfolgeregelungen.

4. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht. Die Gemeinde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen des ihr von der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) zugeteilten Finanzrahmens.

## **II.**

### **Gegenstand der Förderung**

1. Fördergegenstand
  - a) Gegenstand der Förderung ist die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum im Sinne des § 1 Absatz 1 Halbsatz 1 des Wohnraumförderungsgesetzes.
  - b) Die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum kann erfolgen durch
    - aa) Baumaßnahmen, durch die Wohnraum in einem neuen selbständigen Gebäude geschaffen wird (Neubau),
    - bb) Modernisierung, Nutzungsänderung oder Erweiterung von Gebäuden, durch die unter wesentlichem Bauaufwand (mindestens 600 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche) Wohnraum geschaffen wird,
    - cc) Änderung von Wohnraum unter wesentlichem Bauaufwand (mindestens 600 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche) zur Anpassung an geänderte Wohnbedürfnisse (Wohnraumanpassung)
    - dd) erstmaligen Erwerb von unbewohntem Wohnraum innerhalb von zwei Jahren nach Fertigstellung (Ersterwerb).
2. Gebietskulisse
  - a) Die Förderung erfolgt aufgrund ihrer besonders angespannten Wohnungsmärkte in der Landeshauptstadt Dresden und der Kreisfreien Stadt Leipzig.
  - b) Das Staatsministerium für Regionalentwicklung prüft jährlich anhand der Indikatoren, ob weitere Gemeinden aufgrund besonders angespannter Wohnungsmärkte in die Förderung einbezogen werden sollen. Ein besonders angespannter Wohnungsmarkt liegt vor, wenn die Leerstandsquote in der Gemeinde unter 4 Prozent liegt und drei der nachfolgenden Indikatoren erfüllt sind:
    - aa) Bevölkerungswachstum  
Die Anzahl der Haushalte in der Gemeinde muss in der Bilanz der zurückliegenden drei Kalenderjahre angestiegen sein.
    - bb) Wohnraumangebot  
In der Bilanz der zurückliegenden drei Kalenderjahre muss in der Gemeinde die Anzahl der dem Wohnungsmarkt neu zur Verfügung gestellten Wohnungen geringer sein als die Zunahme der Anzahl der Haushalte.

- cc) Angebotsmiete  
Der Median der Angebotsmieten in der Gemeinde muss mindestens 5 Prozent über dem Median der Angebotsmieten im Freistaat Sachsen liegen.
- dd) Mietbelastung  
Die Mietbelastung (Verhältnis des Medians der Nettokalt-Angebotsmieten zum durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen) in der Gemeinde muss höher als die durchschnittliche Mietbelastung im Freistaat Sachsen sein.
- c) Das Staatsministerium für Regionalentwicklung stellt die für die Prüfung der Indikatoren erforderlichen Daten im Internet unter [www.bauen-wohnen.sachsen.de/32422.htm](http://www.bauen-wohnen.sachsen.de/32422.htm) zum Download zur Verfügung. Sofern den antragstellenden Gemeinden aktuellere und genauere eigene Daten vorliegen, können diese im Einzelfall berücksichtigt werden.

### III.

#### Zuwendungsempfänger

1. Zuwendungsempfänger ist die Gemeinde (Erstempfänger), die die Zuwendung in eigener Zuständigkeit an den Eigentümer der geförderten Wohnung (Letztempfänger) weiterleitet (Weitergabe nach Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung). Die Gemeinde hat die zuwendungsrechtlichen Bestimmungen, soweit einschlägig, dem Eigentümer der geförderten Wohnung in einem öffentlich-rechtlichen Weitergabevertrag aufzuerlegen. Die Sätze 1 und 2 sind für den Ersterwerb analog anzuwenden mit der Maßgabe, dass der Erwerber zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht Eigentümer sein muss.
2. Im Fall der Veräußerung oder eines sonstigen Eigentumsübergangs der geförderten Wohnung im Zeitraum vom wirksamen Abschluss des Weitergabevertrages bis zum Ablauf der Belegungsrechte hat der Eigentümer der geförderten Wohnung den neuen Eigentümer im Kaufvertrag vertraglich zu verpflichten, die zuwendungsrechtlichen Bestimmungen zu übernehmen und in den Weitergabevertrag an seiner Stelle einzutreten. Zu diesem Zweck hat der ursprüngliche Eigentümer der geförderten Wohnung der Gemeinde den neuen Eigentümer zu benennen und der Gemeinde den Kaufvertrag vor Vertragsabschluss vorzulegen. Die Gemeinde schließt mit dem neuen Eigentümer der Wohnung einen öffentlich-rechtlichen Weitergabevertrag im Sinne der Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ab, der die Elemente eines Kooperationsvertrages gemäß § 14 des Wohnraumförderungsgesetzes beinhaltet, womit der neue Eigentümer der geförderten Wohnung zum Letztempfänger wird.

### IV.

#### Zuwendungsvoraussetzungen

1. Förderfähige Maßnahmen
  - a) Förderfähig sind Maßnahmen, durch die die geförderte Wohnung als angemessener Wohnraum für Haushalte mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein nach dem Wohnraumförderungsgesetz genutzt werden kann. Ferner darf die Wohnfläche der geförderten Wohnung die nachfolgend genannten Wohnflächenhöchstgrenzen nicht überschreiten:
    - aa) 1-Personenhaushalte: 45 Quadratmeter,
    - bb) 2-Personen-Haushalte: 60 Quadratmeter,
    - cc) 3-Personen-Haushalte: 75 Quadratmeter,
    - dd) 4-Personen-Haushalte: 85 Quadratmeter.
  - b) Für jede weitere zum Haushalt rechnende Person erhöht sich die Wohnfläche höchstens um weitere 10 Quadratmeter. Zur Wohnfläche zählen alle Nebenräume wie zum Beispiel Küche, Flur, Bad oder WC.
  - c) Die Gemeinde kann wegen besonderer Umstände des Einzelfalls von der maßgeblichen Wohnflächenhöchstgrenze pro Wohnung abweichen.
  - d) Bei Wohnungen für die uneingeschränkte Rollstuhlnutzung kann in dem erforderlichen Umfang von den Wohnflächenhöchstgrenzen abgewichen werden.
  - e) Die Wohnfläche wird nach der Wohnflächenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346) in der jeweils geltenden Fassung berechnet.
  - f) Im Einzelfall kann die Gemeinde bei Maßnahmen in gemeinschaftlicher Bau- und Wohnweise erforderlichenfalls von den in Ziffer IV Nummer 1 Buchstabe a und b genannten Zuwendungsvoraussetzungen Abweichungen zulassen und im Rahmen eines experimentellen Ansatzes zur Weiterentwicklung des Wohnungsbaus nach § 12 Absatz 2 Nummer 4 Wohnraumförderungsgesetz Anteile der nach den Buchstaben a bis e zulässigen Wohnflächen einzelner Wohnungen für gemeinschaftlich nutzbare Wohnflächen einsetzen und insoweit notwendigen Mehraufwand zusätzlich fördern. Für die gemeinschaftlich nutzbaren Wohnflächen darf mit den Mietern der einzelnen Wohnungen ein monatliches Entgelt vereinbart und mit der Bewilligungsmiete verbunden werden. Die Gemeinde muss für das Projekt und für die einzelnen Abweichungen einen Bedarf hinsichtlich der Entwicklung des Angebots an sozialem Wohnraum sehen.
  - g) Für die Kosten der Kostengruppen 300 (Bauwerk – Baukonstruktion ohne Kosten der Garagen) und 400 (Bauwerk – Technische Anlagen) gemäß DIN 276 beträgt die Baukostenuntergrenze 600 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche.
2. Belegungsrechte
  - a) Grundsätzliches
    - aa) Die Förderung nach dieser Richtlinie wird nur gewährt, wenn
      - (1) an den geförderten Wohnungen (unmittelbare Belegung) oder
      - (2) an anderen gleichwertigen Wohnungen (mittelbare Belegung)
 für die Dauer von mindestens 15 Jahren und maximal 20 Jahren – im Fall der Förderung von Baumaßnahmen vom Tag der Bezugsfertigkeit der der geförderten Wohnung an gerechnet und im Fall des Ersterwerbs vom Tag der Eintragung der Dienstbarkeit im Sinne von Ziffer VI Nummer 4 an gerechnet – Belegungsrechte gemäß § 26 des Wohnraumförderungsgesetzes für Haushalte mit einem Wohnberechtigungsschein der Gemeinde, in deren Zuständigkeitsgebiet die geförderte Wohnung gelegen ist, begründet werden. Die Art der Belegungsrechte (allgemeines Belegungsrecht, Benennungsrecht, Besetzungsrecht) legt die Gemeinde in ihrer Konzeption nach Ziffer VII Nummer 2 Buchstabe b fest.
    - bb) Der Weitergabevertrag zwischen der Gemeinde und dem Eigentümer der geförderten Wohnung (Ziffer III Nummer 1) beinhaltet die

Elemente eines Kooperationsvertrages gemäß § 14 des Wohnraumförderungsgesetzes.

- cc) Der Eigentümer der geförderten Wohnung ist in dem Weitergabevertrag zu verpflichten, während der Dauer der Belegungsrechte die geförderten Wohnungen nur solchen Personen zu Wohnzwecken und zum zulässigen Mietpreis (Nummer 3) zu überlassen, die ihm beim Abschluss des Mietvertrages einen gültigen Wohnberechtigungsschein der Gemeinde, in deren Zuständigkeitsgebiet die geförderte Wohnung gelegen ist, aushändigen.
- dd) Der Eigentümer der geförderten Wohnung hat der Gemeinde beim Erstbezug und bei jedem Mieterwechsel vor Abschluss des Mietvertrages den Namen des zukünftigen Mieters der geförderten Wohnung mitzuteilen sowie eine Kopie des Wohnberechtigungsscheines des zukünftigen Mieters und eine Kopie des abzuschließenden Mietvertrages vorzulegen. Die Gemeinde hat beim Erstbezug und bei jedem Mieterwechsel zu prüfen, ob der Mieter Inhaber eines Wohnberechtigungsscheines ist. Der Mietvertrag darf nur nach Zustimmung der Gemeinde abgeschlossen werden.
- ee) Ist der Mieter nicht Inhaber eines Wohnberechtigungsscheines der Gemeinde, so soll die Gemeinde vor dem Rücktritt vom öffentlich-rechtlichen Weitergabevertrag mit der Folge der Rückzahlung der Zuwendung über die SAB an den Freistaat Sachsen von den Regelungen des § 27 Absatz 6 des Wohnraumförderungsgesetzes Gebrauch machen und verlangen, das Mietverhältnis zu kündigen und die Wohnung einem Wohnungssuchenden mit gültigem Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde zu überlassen.
- ff) Die Gemeinde hat an den mit Fördermitteln errichteten Wohnungen ein Belegungsrecht nach § 26 des Wohnraumförderungsgesetzes. Die Gemeinde führt ein Verzeichnis der mit Belegungsrechten gebundenen Wohnungen und der in diesen Wohnungen wohnenden Mieter.
- gg) Abweichend von Doppelbuchstabe cc kann die Gemeinde mit Zustimmung des Staatsministeriums für Regionalentwicklung die geförderte Wohnung für den Fall, dass die Wohnung nicht bestimmungsgemäß belegt werden kann und eine bestimmungsgemäße Belegung auch nicht zu erwarten ist, von den Mietpreis- und Belegungsbindungen freistellen.
- b) Mittelbare Belegungsrechte
  - aa) Die Gemeinde kann die mittelbare Belegungsbindung der geförderten Wohnungen nach § 31 des Wohnraumförderungsgesetzes zulassen. Im Rahmen der mittelbaren Belegungsbindung ist sicherzustellen, dass die Bindungen der geförderten Wohnungen gemäß § 31 des Wohnraumförderungsgesetzes unter Berücksichtigung des Förderzwecks auf gleichwertige Ersatzwohnungen übertragen werden. Gegenstand einer vertraglichen Übertragungsvereinbarung zwischen der Gemeinde und dem Eigentümer der geförderten Wohnung sollen dabei Anzahl, Dauer, Art und Höhe der Belegungs- und Mietpreisbindungen sowie Größe und Ausstattung des Ersatzwohnraums sein. Die Gleichwertigkeit der Ersatzwohnungen kann auch über die Bereitstellung von Wohnungspools, Flächenbilanzen oder eine erhöhte Anzahl von Ersatzwohnungen geregelt

werden. Grundsätzlich muss der für die geförderte Wohnung ausgezahlte Förderbetrag der Mietvergünstigung der Ersatzwohnung entsprechen und die Ersatzwohnung muss im Zuständigkeitsgebiet der Gemeinde liegen.

- bb) Voraussetzung für eine mittelbare Belegungsbindung ist, dass die Ersatzwohnung zum Zeitpunkt des Übergangs des Belegungsrechts nicht bewohnt und nicht vermietet ist. Der Nachweis über eine mittelbare Belegungsbindung kann im Zeitraum nach Stellung des Fördermittelantrags bis zur Fertigstellung des Bauvorhabens erbracht werden. Ein Wechsel der Ersatzwohnung während der Dauer der Belegungsbindung ist mit Zustimmung der Gemeinde zulässig, wenn die angebotene Ersatzwohnung gleichwertig ist.

### 3. Mietpreisbindung

#### a) Anfängliche Miete

Die anfängliche Miete (Bewilligungsmiete – netto kalt – ohne kalte und warme Betriebskosten) berechnet sich aus der zum Zeitpunkt der Antragstellung gemäß Ziffer VII Nummer 3 Buchstabe a festgestellten durchschnittlichen Angebotsmiete für vergleichbare Wohnungen in dem gleichen oder einem vergleichbaren Wohngebiet abzüglich der Höhe der Förderung in Euro pro Quadratmetern (nach Ziffer V Nummer 4). Zwischen der Gemeinde und dem Zuwendungsempfänger kann vertraglich eine niedrigere anfängliche Miete vereinbart werden. Sollte durch die Vereinbarung einer niedrigeren anfänglichen Miete ein höherer Fördermittelbetrag erforderlich sein, so hat die Gemeinde die dafür erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel aus dem eigenen kommunalen Haushalt zu zahlen.

#### b) Anpassung der Miethöhe

Die Miete darf unter Beachtung der Voraussetzungen des § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend der prozentualen Entwicklung der ortsüblichen Vergleichsmiete angepasst werden.

#### c) Provisionen für die Vermittlung und Vermietung

Bei der Vermietung der geförderten Wohnung dürfen innerhalb der Dauer des Belegungsrechts keine Provisionen für die Vermittlung und Vermietung gefordert werden.

#### d) Verbot der Vermietung von ungeeigneten Räumen

Die Vermietung der geförderten Wohnung darf innerhalb der Dauer des Belegungsrechts nicht von der Vermietung von zu Wohnzwecken ungeeigneten Räumen (zum Beispiel Kellerräume, Garagen) abhängig gemacht werden.

## V.

### Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

#### 1. Zuwendungsart

Projektförderung.

#### 2. Finanzierungsart

Festbetragsfinanzierung bis zu einer Höchstgrenze.

#### 3. Form der Zuwendung

Nicht rückzahlbarer Zuschuss.

#### 4. Höhe der Zuwendung

Der Zuschuss beträgt in der Regel 35 Prozent, aber maximal 3,80 Euro pro Quadratmeter pro Monat, der für die geförderte Wohnung festgelegten durchschnittlichen Angebotsmiete für vergleichbare Wohnungen in dem

gleichen oder einem vergleichbaren Wohngebiet zum Zeitpunkt der Antragstellung gemäß Ziffer VII Nummer 3 Buchstabe a, gerechnet auf die vereinbarte Dauer der Belegungsrechte und auf die anrechenbare Wohnfläche in Quadratmetern. Als anrechenbare Wohnfläche wird die geplante Wohnfläche angesetzt. Verringert sich bei der Umsetzung der Baumaßnahme die für die Berechnung zugrunde gelegte Wohnfläche, so erfolgt eine Neuberechnung des Festbetrages mit der tatsächlichen Wohnfläche. Der Zuschuss reduziert sich um den Betrag, um den der in der jeweiligen Gemeinde geltende Höchstsatz der Kosten der Unterkunft (netto kalt) um mehr als 5 Prozent unterschritten wird.

5. Auszahlung  
100 Prozent des Zuschussbetrages im Falle von geförderten Baumaßnahmen in Raten nach Baufortschritt und im Falle des geförderten Ersterwerbs in Raten nach Verfahrensfortschritt.

## VI.

### Sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Wirtschaftlichkeit des Fördervorhabens  
Die Gesamtbelastung aus der Finanzierung und den sonstigen Aufwendungen muss auf Dauer tragbar erscheinen. Hierbei sind neben den Finanzierungskosten auch die Folgekosten für den Eigentümer der geförderten Wohnung zu berücksichtigen. Diese Anforderungen sind bei Antragstellung gegenüber der Gemeinde mittels einer Bankbestätigung der das Projekt finanzierenden Bank nachzuweisen.
2. Vorhabensbeginn  
Die Regelungen in Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung zum Vorhabensbeginn sind zu beachten.
3. Zuschusssicherung
  - a) Zuschüsse in Höhe von 1 Million Euro und höher sind für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung im Grundbuch an rangbereiter Stelle zugunsten der Gemeinde, in deren Zuständigkeitsgebiet die geförderte Wohnung gelegen ist, dinglich zu sichern. Sofern es sich bei den im Rang vorgehenden oder gleichstehenden Grundpfandrechten um Grundschulden handelt, muss sichergestellt werden, dass ein Aufrücken des Grundpfandrechts für die Zuschüsse nach erfolgter Tilgung der im Rang vorgehenden oder gleichstehenden Darlehen erfolgt.
  - b) Die dingliche Sicherung kann ersetzt werden durch eine entsprechende unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft einer Bank, einer Sparkasse oder eines anderen Kreditunternehmens, sofern das Kreditinstitut oder der Kreditversicherer eine Zulassung hat
    - aa) in der Europäischen Gemeinschaft oder
    - bb) in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
    - cc) in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen.
4. Grundbuchrechtliche Sicherung der Belegungsrechte  
Die vereinbarten Belegungsrechte müssen für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung als beschränkte persönliche Dienstbarkeit an der geförderten Wohnung im Grundbuch eingetragen werden. Aus dem Grund-

bucheintrag muss ersichtlich sein, dass der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit ein Vorrang gegenüber den bereits eingetragenen Grundschulden eingeräumt wird und dass die beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten auch im Falle einer Zwangsversteigerung des Grundstücks oder der Wohnung nicht erlöschen.

5. Ergänzung der Förderung durch andere Förderprogramme  
Eine Förderung nach dieser Richtlinie kann durch andere Förderprogramme der Gemeinde, des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union ergänzt werden, sofern dies die Fördervorschriften der anderen Programme zulassen und die Gesamtsumme aller Fördermittel die Summe der förderfähigen Gesamtausgaben nicht übersteigt.
6. Verbot der Zuwendungsgewährung  
Eine Zuwendung nach dieser Richtlinie darf nicht einem Unternehmen gewährt werden, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist. Ausgenommen hiervon sind Zuwendungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen.
7. Sonstiges  
Die Regelungen über Rückforderung und Verzinsung sind anzuwenden. Der Eigentümer der geförderten Wohnung und die Gemeinde haben dem Staatsministerium für Regionalentwicklung, der SAB und dem Sächsischen Rechnungshof in allen Stufen des Verfahrens bis zum Ablauf des Verwendungszeitraumes ein Prüfungsrecht einzuräumen. Der Letztempfänger hat die in § 44a der Sächsischen Haushaltsordnung genannten Anforderungen einzuhalten.

## VII.

### Verfahren

1. Bewilligungsbehörde  
Bewilligungsbehörde im Verhältnis zu den antragstellenden Gemeinden ist die SAB, die der Gemeinde ein Mittelkontingent zur Weitergabe auf der Grundlage dieser Richtlinie zuweist. Bewilligungsbehörde im Verhältnis zu den Eigentümern der geförderten Wohnungen ist die Gemeinde, die die Fördermittel im Rahmen eines Weitergabevertrages an die Eigentümer der geförderten Wohnungen weiterleitet.
2. Antragsverfahren der Gemeinde (Erstempfänger)
  - a) Das Staatsministerium für Regionalentwicklung legt die Höhe der im aktuellen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Fördermittel fest und teilt dies der SAB schriftlich mit.
  - b) Die Gemeinde stellt bis zum 31. Oktober des jeweiligen Vorjahres einen Antrag auf Zuweisung von Fördermitteln zur Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum bei der SAB und fügt ihm eine Konzeption bei. In dieser Konzeption stellt die Gemeinde insbesondere den Bedarf an mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen, die wohnungswirtschaftliche Konzeption zur Bewältigung des Bedarfs sowie die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Ziffer IV Nummer 1 dar.
  - c) Die SAB prüft die in der Konzeption der Gemeinde dargelegten Voraussetzungen gemäß Ziffer II Nummer 2 (Gebietskulisse).

- d) Die SAB unterbreitet dem Staatsministerium für Regionalentwicklung basierend auf den eingereichten Anträgen einen Entscheidungsvorschlag für die regionale Aufteilung der Gesamtförderung auf die antragstellenden Gemeinden.
  - e) Das Staatsministerium für Regionalentwicklung entscheidet unverzüglich im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und teilt die Entscheidung der SAB mit.
  - f) Die SAB erlässt gegenüber der Gemeinde einen Zuwendungsbescheid, der das ihr zugewiesene Mittelkontingent und die Modalitäten für die Weitergabe, Verwendung und Prüfung der Zuwendung durch die Gemeinde enthält.
  - g) Die Gemeinde legt der SAB jährlich zum Ende des Jahres einen Sachstandsbericht vor. Im Sachstandsbericht werden die beantragten und genehmigten Maßnahmen dokumentiert.
3. Antragsverfahren des Eigentümers der zu fördernden Wohnung (Letztempfänger)
- a) Der Eigentümer der geförderten Wohnung (Letztempfänger) stellt in seinem Förderantrag die geplanten Baumaßnahmen für die Schaffung von zweckgebundenem Mietwohnraum dar. Im Falle des Ersterwerbs stellt der zukünftige Eigentümer (Letztempfänger) die zu erwerbenden Wohnungen dar, die mit einem Belegrecht gebunden und gefördert werden sollen. Der Förderantrag ist vollständig auf den dafür vorgesehenen Vordrucken bei der Gemeinde einzureichen, in der das Fördervorhaben gelegen ist.
  - b) Die Gemeinde prüft den Förderantrag gemäß dieser Richtlinie und ihrer Konzeption gemäß Nummer 2 Buchstabe b.
  - c) Die Auswahl der antragsberechtigten Investoren richtet sich nach der wohnungswirtschaftlichen Konzeption zur Bewältigung des Bedarfs der Gemeinde.
  - d) Die Gemeinde gibt die Fördermittel nach Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung an den Eigentümer der geförderten Wohnung weiter. Dabei hat die Gemeinde die in Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung aufgeführten Voraussetzungen für die Weitergabe zu beachten.
4. Auszahlungsverfahren
- a) Die Auszahlung der Fördermittel an den Letztempfänger erfolgt im Fall der Förderung von Baumaßnahmen in Raten nach Baufortschritt beziehungsweise im Fall des Ersterwerbs in Raten nach Verfahrensfortschritt. Die Gemeinde hat festzulegen, dass zehn Prozent der Fördermittel erst nach Abschluss des Verwendungsnachweisverfahrens, spätestens aber zwei Monate nach Einreichen des einfachen Verwendungsnachweises ausgezahlt werden. Vor der Auszahlung hat die Bewilligungsbehörde den Verwendungsnachweis auf Vollständigkeit der Unterlagen und Plausibilität der Angaben sowie darauf zu überprüfen, dass Hindernisse gegen die Auszahlung offensichtlich nicht bestehen. Der Eigentümer der geförderten Wohnung reicht bei der Gemeinde zu jeder Auszahlung einen Nachweis der für die Auszahlung vereinbarten Voraussetzungen ein.
  - b) Unrichtige Angaben und Erklärungen im Auszahlungsverfahren können die Pflicht zur Erstattung und Verzinsung der zu Unrecht in Anspruch genommenen Fördermittel (vergleiche Nummer 8 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) sowie gegebenenfalls strafrechtliche Sanktionen zur Folge haben.
5. Verwendungsnachweisverfahren
- a) Die Verwendungsnachweisführung ist gegenüber der Gemeinde durch den Eigentümer der geförderten Wohnung auf den dafür vorgesehenen Vordrucken zu erbringen und mit der Beantragung der Schlussauszahlung vorzulegen. Ein einfacher Verwendungsnachweis ist zugelassen. Dieser besteht aus dem Sachbericht und einem Nachweis der tatsächlichen Wohnfläche.
  - b) Die Gemeinde führt innerhalb von zwölf Monaten nach der vollständigen Auszahlung der Fördermittel die Verwendungsnachweisprüfung durch. Der einfache Verwendungsnachweis bildet die Grundlage für die abschließende Entscheidung über die Förderung der Maßnahme. Er ist insbesondere dafür maßgebend, in welchem Umfang Fördermittel zurückzuzahlen sind.
  - c) Die Gemeinde legt der SAB nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung einen vereinfachten Verwendungsnachweis über die von ihr verwendeten Haushaltsmittel vor.
6. Sonstige Verfahrensregelungen
- a) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind. Bei Zuwendungen an Private sind die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung nach Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung mit Ausnahme von deren Nummer 3 anzuwenden. Bei Zuwendungen an kommunale Zuwendungsempfänger sind die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften nach Anlage 3a der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung mit Ausnahme von deren Nummer 1.4 und Nummer 8.2.3 anzuwenden.
  - b) Die Gemeinden können für ihr Gemeindegebiet zum Zwecke der Weitergabe der aufgrund dieser Richtlinie zugewiesenen Fördermittel die in dieser Richtlinie enthaltenen Gestaltungsspielräume durch ergänzende Regelungen auf der Grundlage der nach Nummer 2 Buchstabe b vorgelegten Konzeption ausfüllen, soweit die Regelungen nicht im Widerspruch zu dieser Richtlinie stehen.

#### VIII.

#### Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die RL gebundener Mietwohnraum vom 22. November 2016 (SächsABl. S. 1471), die zuletzt durch Ziffer I der Richtlinie vom 10. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. 5) geändert worden ist, zuletzt enthal-

ten in der Verwaltungsvorschrift vom 27. November 2019  
(SächsABl. SDr. S. S 339), außer Kraft.

Dresden, den 29. April 2021

Der Staatsminister für Regionalentwicklung  
Thomas Schmidt

# Landesdirektion Sachsen

## Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

### Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken

**Az.: 26-5151/6/20**

**Vom 23. April 2021**

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANZ AT 26.05.2020 V1) in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 15. April 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von den in § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

#### **Allgemeinverfügung:**

Den Apotheken im Freistaat Sachsen wird bis längstens 30. September 2021 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet.

Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 15. April 2021 ist die Arbeitshilfe der Bundesapothekerkammer zur Qualitätssicherung Standardarbeitsanweisung „Umgang mit COVID-19 Vaccine Janssen in der Apotheke“ (Stand: 15.04.2021) und der „Begleitdokumentation COVID-19-Impfstoffe“ (Stand: 12.04.2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses, auf Ebene der Sekundärverpackung abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellten Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken im Freistaat Sachsen bis längstens 30. September 2021 gestattet.

Diese Gestattung zum Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht durch die Apotheken selbst, sondern durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes vorgenommen wurden, wenn diesen die Durchführung

dieser Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Diese Allgemeinverfügung gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 23. April 2021.

#### **Begründung:**

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 15. April 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nr. 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des



Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „COVID-19 Vaccine Janssen“ durch Apotheken nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite [www.lids.sachsen.de/kontakt](http://www.lids.sachsen.de/kontakt) abrufbar.

Leipzig, den 23. April 2021

Landesdirektion Sachsen  
Marion Reinhardt  
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

**Andere Behörden und Körperschaften**  
**Bekanntmachung**  
**des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge**  
**über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung**  
**des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal**

**Vom 23. April 2021**

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband Oelsabachtal mit Bescheid vom 13. April 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die nachfolgende Genehmigung erteilt:

„Die in der Versammlung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal am 16. März 2021 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes wird rechtsaufsichtlich genehmigt.“

Die Änderungssatzung in Form der Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Pirna, den 23. April 2021

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
in Vertretung Weigel  
Landrat

## Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal

Auf der Grundlage von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722), in Verbindung mit § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal, nachfolgend Zweckverband genannt, am 16. März 2021 folgende Verbandssatzung als Neufassung beschlossen:

### I. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

#### § 1 Rechtsstellung

(1) Der Zweckverband führt den Namen Abwasserzweckverband Oelsabachtal. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in 01734 Rabenau, Bahnhofstraße 34.

#### § 2 Verbandsmitglieder/Verbandsgebiet

(1) Verbandsmitglieder sind die Stadt Rabenau und die Stadt Dippoldiswalde.

(2) Das Verbandsgebiet des Zweckverbandes umfasst für das Verbandsmitglied der Stadt Dippoldiswalde das gesamte Gebiet der Ortsteile Oberhäslich, Reinberg und Reinholdshain sowie die Flurstücke mit den Flurstücks-Nummern 883/2, 883/3 und 1359/2 der Gemarkung Dippoldiswalde und für das Verbandsmitglied der Stadt Rabenau das gesamte Stadtgebiet einschl. der Ortsteile Karsdorf, Lübau, Obernaundorf, Oelsa und Spechtritz.

#### § 3 Zweck und Aufgaben

(1) Aufgabe des Zweckverbandes ist es, im Verbandsgebiet die Abwasserbeseitigungspflicht, d.h. das Sammeln, Behandeln, Ableiten, Verregnen, Verrieseln und Versickern von Abwasser sowie das Stabilisieren und Entwässern von Klärschlamm aus der Abwasserbehandlung und das Sammeln häuslicher Abwässer und Fäkalien aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben sicherzustellen.

Als Abwasserbeseitigungsanlagen gelten alle Anlagen, die der Erfüllung der im Satz 1 genannten Aufgabe dienen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat der Zweckverband die dafür notwendigen Verbandssammler, Ortskanäle, Regenüberlaufbecken, Sonderbauwerke und Kläranlagen anzuschaffen, herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und bei Bedarf zu verbessern und zu erweitern.

Der Zweckverband kann auch Anlagen Dritter zur öffentlichen Abwasserbeseitigung käuflich erwerben, pachten oder auf vertraglicher Basis betreiben sowie Verträge zur Betreibung von Anlagen abschließen.

(2) Der Zweckverband hat seine Anlagen dem allgemein anerkannten Stand der Abwassertechnik sowie den jeweils geltenden Vorschriften entsprechend zu betreiben.

(3) Die Verbandsmitglieder haben Dienstbarkeiten auf ihrem Eigentum zugunsten der dem Zweckverband gehörenden Anlagen zu bestellen.

(4) Bestehende Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder an den Anlagen zur Abwasserentsorgung z.B. Nutzungsgenehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und Befugnisse gehen auf den Zweckverband über.

(5) Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder zur Abwasserbeseitigung und die hiermit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gegenüber den Verbrauchern und Dritten gehen in vollem Umfang auf den Zweckverband über.

(6) Der Zweckverband hat das Recht, im Rahmen seiner Aufgaben Satzungen und Verordnungen anstelle der Verbandsmitglieder für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen. Insbesondere hat er die Befugnis, Satzungen für den Anschluss- und Benutzungszwang sowie für die Erhebung von Gebühren und Beiträgen zu erlassen oder, soweit dies zweckmäßig oder möglich ist, seine Leistungen auf privatrechtlicher Basis mit den Verbrauchern zu regeln und abzurechnen.

(7) Der Zweckverband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

#### § 4 Stammkapital

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

### II. VERFASSUNG UND VERWALTUNG

#### § 5 Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verwaltungsrat und
3. der Verbandsvorsitzende

#### § 6 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Für die Zusammensetzung der Verbandsversammlung gelten die Bestimmungen der §§ 52 ff. SächsKomZG.

(2) Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes besteht aus den Bürgermeistern und jeweils weiteren Vertretern der Verbandsmitglieder (Verbandsräte). Im Falle der Verhinderung tritt an die Stelle der im Satz 1 Genannten ihr jeweiliger Stellvertreter.

(3) Jedes Verbandsmitglied entsendet vier weitere Vertreter in die Verbandsversammlung. Die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder und deren Stellvertreter werden vom Stadtrat des jeweiligen Verbandsmitgliedes gewählt.

(4) Bedienstete des Zweckverbandes können nicht gleichzeitig als weitere Vertreter eines Verbandsmitgliedes der Verbandsversammlung angehören.

## § 7

### Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende beruft die Verbandsversammlung schriftlich unter Mitteilung des Sitzungstages, der Sitzungszeit, des Sitzungsortes und der Tagesordnung ein. Dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner entgegenstehen.

Zwischen Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muss mindestens eine Woche liegen.

In Eilfällen kann der Verbandsvorsitzende die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen.

(2) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert. Sie soll jedoch mindestens zweimal im Jahr einberufen werden.

(3) Die Verbandsversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Verbandsmitglied, der Verwaltungsrat, der Verbandsvorsitzende, die Rechtsaufsichtsbehörde oder eine Fachbehörde die Einberufung unter Angabe der Verhandlungsgegenstände verlangen.

Dies gilt nicht, wenn die Verbandsversammlung den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- und Rechtslage nicht wesentlich geändert hat.

Die Verhandlungsgegenstände müssen in die Zuständigkeit der Verbandsversammlung fallen.

## § 8

### Sitzungen der Verbandsversammlung

(1) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Verbandsvorsitzende, im Falle seiner Verhinderung dessen Stellvertreter.

(2) Die Verbandsversammlung beschließt über Ort und Zeit ihrer regelmäßigen Sitzungen.

(3) Vertreter der Aufsichts- und Fachbehörden sowie der Geschäftsführer des Zweckverbandes haben das Recht, an den Sitzungen der Verbandsversammlung beratend teilzunehmen.

(4) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner eine nicht öffentliche Sitzung erfordern.

(5) Über den wesentlichen Inhalt der Sitzungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen; sie muss insbesondere den Namen des Verbandsvorsitzenden, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Vertreter unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlungen, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Der Verbandsvorsitzende und jeder weitere Vertreter können verlangen, dass ihre Erklärung oder Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.

(6) Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden, zwei Vertretern, die an der Sitzung teilgenommen haben, und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

Sie ist innerhalb eines Monats, in der Regel jedoch spätestens zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung, allen Vertretern zur Kenntnis zu bringen.

## § 9

### Beschlussfähigkeit, Stimmen, Wahlen und Abstimmungen in der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind, mehr als die Hälfte der Verbandsräte anwesend und stimmberechtigt ist und die Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenanzahl erreicht ist.

(2) Beschlüsse der Verbandsversammlung werden, wenn nicht gesetzlich oder in dieser Satzung anders bestimmt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Verbandsmitglieder gefasst.

(3) Die Beschlüsse über den Beitritt, das Ausscheiden oder den Ausschluss von einzelnen Verbandsmitgliedern, die Änderung der Zweckverbandsaufgabe, die Auflösung des Zweckverbandes und das Ausscheiden von einzelnen Verbandsmitgliedern oder Eingliederung des Zweckverbandes mit bzw. zu einem anderen Zweckverband sind einstimmig zu fassen.

(4) Der Verbandsvorsitzende, sein Stellvertreter und die Mitglieder des Verwaltungsrates werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl von der Verbandsversammlung auf die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt.

(5) Jedes Verbandsmitglied hat in der Verbandsversammlung fünf Stimmen. Die Stimmen dürfen je Verbandsmitglied nur einheitlich abgegeben werden. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

(6) Die Verbandsmitglieder können ihren Vertretern Weisungen erteilen.

(7) Bei Wahlen wird geheim mit Stimmzettel abgestimmt. Es kann offen abgestimmt werden, wenn kein Verbandsmitglied widerspricht. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

## § 10

### Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbandes und die ihr durch die SächsGemO, das SächsKomZG und diese Satzung zugewiesenen Aufgaben.

(2) Sie kann die Entscheidung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter,

2. die Änderung und Ergänzung dieser Satzung,
3. den Erlass, die Änderung und Aufhebung von Satzungen und Rechtsverordnungen, Abwasserbeseitigungsbedingungen sowie die Festsetzung von allgemeinen Entgelten und Tarifen,
4. die Beschlussfassung über das Ausscheiden und den Ausschluss von Verbandsmitgliedern sowie die Aufnahme von neuen Verbandsmitgliedern,
5. die Beschlussfassung über die Auflösung des Zweckverbandes,
6. die Bildung von Ausschüssen sowie Wahl und Abwahl ehrenamtlicher Ausschussmitglieder,
7. die Bestellung eines Gewässerschutzbeauftragten gem. § 56 SächsWG,
8. den Erlass der Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan, Stellenplan und den erforderlichen Anlagen,
9. die Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 79 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO nach § 19 Abs. 3 Nr. 1 dieser Satzung,
10. die Festsetzung von Umlagen im Rahmen der Haushaltssatzung,
11. die Feststellung des Jahresabschlusses,
12. die Lieferungen und Leistungen nach dem Wirtschaftsplan sowie Rechtsgeschäfte aller Art mit Verpflichtungen oder Ansprüchen des Zweckverbandes, soweit sie 250.000 EUR Wertumfang übersteigen,
13. die Festsetzung der Entschädigung für die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung und im Verwaltungsrat,
14. die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen des Zweckverbandes,
15. die Beschlussfassung über Stundungsrichtlinien des Zweckverbandes,
16. den Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art zwischen den Vertretern der Verbandsversammlung, des Verwaltungsrates und dem Zweckverband,
17. die Verfügung über das Zweckverbandsvermögen mit einem Wert von mehr als 30.000 EUR,
18. den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit einem Wert von mehr als 30.000 EUR,
19. die Beschlussfassung über die Geschäftsordnung der Verbandsversammlung und der Betriebsordnung,
20. die Regelung der allgemeinen Rechtsverhältnisse der Verbandsbediensteten,
21. die Übertragung von Aufgaben auf den Verwaltungsrat und den Verbandsvorsitzenden,
22. die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von leitenden Angestellten der Vergütungsgruppe 9 bis 15 des TVöD, einschl. des Geschäftsführers des Zweckverbandes, sowie die Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht, wobei die Verbandsversammlung über diese Angelegenheiten nur im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden entscheidet, und
23. sonstige Angelegenheiten, die ihr wegen ihrer besonderen rechtlichen, wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Zweckverband vom Verwaltungsrat bzw. vom Verbandsvorsitzenden der Verbandsversammlung vorgelegt werden oder deren Vorlage sie verlangt.

(3) Die Verbandsversammlung kann dem Verwaltungsrat und/oder dem Verbandsvorsitzenden einzelne, außer die im Abs. 1 und 2 genannten, Aufgaben zur Beratung oder zur dauernden Erledigung übertragen.

(4) Soweit nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder anderer Bestimmungen dieser Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache die Verbandsversammlung zuständig ist, ist für Entscheidungen unter den in Abs. 2 genannten Wert-

grenzen der Verwaltungsrat (§14) bzw. der Verbandsvorsitzende (§ 17) zuständig.

Satz 1 gilt auch für alle in den Abs. 1 bis 3 nicht erfassten Angelegenheiten.

## § 11

### **Rechtsstellung der Mitglieder der Verbandsversammlung**

(1) Die Vertreter der Verbandsmitglieder (Verbandsräte) in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig.

(2) Das Amt als Verbandsrat endet mit dem kommunalen Wahlamt, nach Ende der Wahlperiode des jeweiligen Stadtrates oder bei Ausscheiden aus der Funktion, derentwegen er in die Verbandsversammlung gewählt worden ist.

(3) Die Verbandsräte haben Anspruch auf eine pauschale Aufwandsentschädigung, welche die Verbandsversammlung durch eine gesonderte Satzung festsetzt.

## § 12

### **Zusammensetzung des Verwaltungsrates**

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden, seinem Stellvertreter und zwei Verbandsräten. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist der Verbandsvorsitzende.

(2) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte die – neben dem Verbandsvorsitzenden und seinem Stellvertreter – noch erforderlichen weiteren zwei Mitglieder des Verwaltungsrates. Die Wahl gilt für die Dauer der Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung.

## § 13

### **Einberufung, Sitzungen, Beschlussfähigkeit, Wahlen, Abstimmungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates**

- (1) Für den Geschäftsgang, für die Beschlussfähigkeit und für die Abstimmung des Verwaltungsrates gelten, soweit der Verwaltungsrat zuständig ist und in dieser Satzung nichts anderes bestimmt, die §§ 7 bis 9 entsprechend, wobei
- a) als Ladungsfrist nach § 7 Abs. 1 Satz 2 für den Verwaltungsrat vier Tage gelten,
  - b) das Einberufungsrecht nach § 7 Abs.2 Satz 2 für eine Sitzung des Verwaltungsrates auch der Verbandsversammlung zukommt.

## § 14

### **Zuständigkeit des Verwaltungsrates**

(1) Der Verwaltungsrat ist für die Angelegenheiten des Zweckverbandes verantwortlich, soweit diese nicht nach dieser Satzung der Verbandsversammlung oder dem Verbandsvorsitzenden vorbehalten sind.

Der Verwaltungsrat ist außerdem für die Angelegenheiten zuständig, die ihm nach § 10 Abs. 3 dieser Satzung durch Beschluss der Verbandsversammlung im Einzelfall zur Beratung oder zur dauernden Erledigung übertragen wurden.

(2) Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für:

1. die Vorberatung der Sitzungen und der Beschlussangelegenheiten der Verbandsversammlung,
2. die Vorberatung des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses,

3. die Beschlussfassung über die Aufnahme neuer und die Verlängerung sowie die Umschuldung bestehender Kreditverpflichtungen im Rahmen der genehmigten Haushaltssatzung,
4. die Aufstellung von Grundsätzen für die Einstellung, Vergütung, Eingruppierung und Entlassung von Bediensteten des Zweckverbandes,
5. die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten des Zweckverbandes, deren Eingruppierung in der Vergütungsgruppe 1 bis 7 des TVöD liegt sowie aller Arbeiter, wobei der Verwaltungsrat über diese Angelegenheiten nur im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden entscheidet,
6. die Lieferungen und Leistungen nach dem Wirtschaftsplan sowie Rechtsgeschäfte aller Art mit Verpflichtungen oder Ansprüchen des Zweckverbandes mit einem Wertumfang von mehr als 15.000 EUR bis 250.000 EUR,
7. die Verfügung über das Zweckverbandsvermögen mit einem Wert von mehr als 15.000 EUR bis 30.000 EUR,
8. den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit einem Wert von mehr als 15.000 EUR bis 30.000 EUR,
9. die Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 79 Abs. 1 Satz 2 Sächs-GemO nach § 19 Abs. 3 Nr. 2 dieser Satzung.

(3) Der Verwaltungsrat beschließt über seine Geschäftsordnung.

(4) Der Verwaltungsrat kann dem Verbandsvorsitzenden einzelne, außer die im Absatz 1 bis 3 sowie die im § 10 Abs. 1 und 2 genannten, Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen.

(5) Soweit nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder anderer Bestimmungen dieser Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache die Verbandsversammlung oder der Verwaltungsrat zuständig ist, ist für Entscheidungen unter den in Abs. 2 genannten Wertgrenzen der Verbandsvorsitzende (§ 17) zuständig.

Satz 1 gilt auch für alle in den Abs. 1 bis 4 sowie für alle im § 10 nicht erfassten Angelegenheiten.

## § 15

### Rechtsstellung der Mitglieder des Verwaltungsrates

(1) Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind Verbandsräte, und somit sind sie nach § 11 ehrenamtlich tätig.

(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben Anspruch auf eine pauschale Aufwandsentschädigung, welche die Verbandsversammlung durch eine gesonderte Satzung festsetzt.

## § 16

### Wahl und Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende wird von der Verbandsversammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 entsandten Vertreter gewählt. Er wird für die Dauer von fünf Jahren, soweit er Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes ist, für die Dauer dieses Amtes gewählt. Der Verbandsvorsitzende ist ehrenamtlich tätig.

(2) Der Verbandsvorsitzende hat einen Stellvertreter, der von der Verbandsversammlung aus der Mitte der Mitglieder des Verwaltungsrates für die Dauer der Legislatur-

periode gewählt wird. Der Stellvertreter muss dem Kreis der gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 entsandten Vertreter angehören.

(3) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden bzw. des Stellvertreters weiter aus. Scheidet der Verbandsvorsitzende oder sein Stellvertreter vorzeitig aus, so ist für diesen Ausscheidenden für den Rest der Amtszeit eine Neuwahl durchzuführen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Entfällt auf keinen Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, so findet frühestens zwei Wochen und spätestens vier Wochen nach der ersten Wahl eine Neuwahl statt. Für die Neuwahl gelten die Vorschriften über die erste Wahl mit der Maßgabe, dass die höchste Stimmenzahl und bei Stimmengleichheit das Los entscheidet.

## § 17

### Stellung und Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.

(2) Der Verbandsvorsitzende beruft die Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates unter Angabe der Tagesordnung ein. Er leitet die Verbandsversammlung und den Verwaltungsrat.

(3) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates vor und vollzieht deren Beschlüsse.

(4) Der Verbandsvorsitzende leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der gesamten Verwaltung des Zweckverbandes und sorgt für den geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte.

(5) Der Verbandsvorsitzende ist Vorgesetzter der Verbandsbediensteten und des Geschäftsführers des Zweckverbandes.

(6) Der Verbandsvorsitzende ist außerdem für die Angelegenheiten zuständig, die ihm nach § 10 Abs. 3 durch die Verbandsversammlung bzw. nach § 14 Abs. 4 durch den Verwaltungsrat im Einzelfall oder zur dauernden Erledigung übertragen wurden.

(7) Soweit nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder der vorliegenden Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache die Verbandsversammlung oder der Verwaltungsrat einzuberufen ist, werden die Geschäfte der laufenden Verwaltung vom Verbandsvorsitzenden selbständig erledigt. Geschäfte der laufenden Verwaltung sind insbesondere solche, deren Wertumfang 15.000 EUR nicht übersteigt.

(8) In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden und deren Erledigung nicht bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsrates bzw. der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle des zuständigen Verbandsorgans. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Verwaltungsrat bzw. der Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

(9) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung und den Verwaltungsrat über alle wichtigen, den Zweckverband und dessen Verwaltung betreffenden, Angelegenheiten zu unterrichten.

(10) Durch besonderen Beschluss der Versammlung bzw. des Verwaltungsrates können dem Verbandsvorsitzenden weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

(11) Soweit nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder anderer Bestimmungen dieser Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache die Versammlung bzw. der Verwaltungsrat zuständig ist, ist der Verbandsvorsitzende innerhalb folgender Wertgrenzen ausschließlich für die Entscheidungen verantwortlich:

1. Lieferungen und Leistungen nach dem Wirtschaftsplan sowie Rechtsgeschäfte aller Art mit Verpflichtungen oder Ansprüchen des Zweckverbandes mit einem Wertumfang bis 15.000 EUR,
2. die Verfügung über das Zweckverbandsvermögen mit einem Wert bis 15.000 EUR,
3. den Erwerb, die Veräußerung und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit einem Wert bis 15.000 EUR.

Des Weiteren ist der Verbandsvorsitzende für Entscheidungen zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 79 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO verantwortlich, die unter den im § 19 Abs. 3 Nr. 2 genannten Prozentsätzen liegen.

### § 18

#### Bedienstete des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband kann zur Erfüllung der Verbandsaufgaben Bedienstete (Arbeiter/innen und Angestellte) hauptamtlich einstellen.

(2) Zur Geschäftsführung bestellt die Versammlung im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden eine/einen Geschäftsführerin/Geschäftsführer als hauptamtliche/hauptamtlichen Bedienstete/Bediensteten.

(3) Die Bediensteten unterstehen den Weisungen und der Aufsicht des Verbandsvorsitzenden.

### III.

#### WIRTSCHAFTSFÜHRUNG, DECKUNG DES FINANZBEDARFS, KASSENVERWALTUNG UND PRÜFUNGSWESEN

### § 19

#### Anzuwendende Vorschriften

(1) Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden entsprechend § 58 Abs. 2 SächsKomZG die für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften unmittelbar Anwendung, wobei anstelle des Betriebsausschusses der Verwaltungsrat tritt. Gleiches gilt für das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung (§ 31 bis 34 EigBVO) des Zweckverbandes.

(2) Das Wirtschaftsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

(3) Erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 79 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO bedürfen der vorherigen Zustimmung.

1. der Versammlung, wenn sie folgende Prozente bezüglich des Gesamtvolumens des jeweiligen Wirtschaftsplanes (WPI-Volumen) überschreiten:

WPI-Volumen	Prozente
bis 1,0 Mio. EUR	4,00
bis 4,0 Mio. EUR	3,00
bis 8,0 Mio. EUR	2,00
über 8,0 Mio. EUR	1,00

2. des Verwaltungsrates, wenn sie folgende Prozente bezüglich des Gesamtvolumens (WPI-Volumen) überschreiten:

WPI-Volumen	Prozente
bis 1,0 Mio. EUR	3,50
bis 4,0 Mio. EUR	2,00
bis 8,0 Mio. EUR	1,50
über 8,0 Mio. EUR	0,50

Das Gesamtvolumen des Wirtschaftsplanes ist die Summe von Erfolgs- und Vermögensplan.

### § 20

#### Haushaltssatzung/Wirtschaftsplan

(1) Der jeweilige Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan und aller erforderlichen Anlagen ist den Verbandsräten eine Woche vor der Beschlussfassung bzw. der vorgesehenen Vorberatung in der Versammlung zu übergeben. Die Bestimmungen des § 76 Abs. 1 SächsGemO hinsichtlich der öffentlichen Auslegung und die Auslegungsfristen des Entwurfes der Haushaltssatzung sind zu beachten.

(2) Die von der Versammlung beschlossene Haushaltssatzung ist vom Zweckverband der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen, nach den Vorschriften des § 25 öffentlich bekannt zu machen, und gleichzeitig ist der Wirtschaftsplan an sieben Tagen öffentlich auszulegen.

In der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist auf die öffentliche Auslegung des Wirtschaftsplanes hinzuweisen.

Sofern die Haushaltssatzung genehmigungspflichtig ist, erfolgt die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung und die öffentliche Auslegung des Wirtschaftsplanes erst nach der rechtsaufsichtlichen Genehmigung der Haushaltssatzung.

(3) Absatz 1 und 2 gilt für Nachtragshaushaltssatzungen nach § 77 SächsGemO entsprechend.

### § 21

#### Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband hat das Recht, z.T. mittels besonderer Satzungen Abgaben d. h. Benutzungsgebühren, Beiträge, Aufwandsersätze, Verwaltungsgebühren und abgabenrechtliche Nebenleistungen (Verspätungszuschläge Zinsen, Zwangsgelder und Säumniszuschläge) zu erheben.

(2) Der Zweckverband erhebt kostendeckende Entgelte entsprechend den gesetzlichen und abgabenrechtlichen Bestimmungen.

(3) Der Zweckverband erhebt, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern Umlagen, in Form einer jährlichen Betriebskostenumlage (§ 22) und einer jährlichen Investitionskostenumlage (§ 22a) sowie einer allgemeinen

Umlage zum Verlustausgleich (§ 23). Vom Zweckverband für einzelne Verbandsmitglieder erbrachte Sonderleistungen sind nicht Bestandteil der Umlagen nach Satz 1; sie werden dem Zweckverband gesondert vergütet, und über die Höhe dieser Vergütung beschließt die Verbandsversammlung gesondert.

(4) Die Umlagenhöhe wird für jedes Wirtschaftsjahr in der Haushaltssatzung getrennt festgesetzt. Beim Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung gilt Satz 1 entsprechend.

(5) Auf die Umlagen werden zum 31.03., 30.06. und 30.09. Vorauszahlungen in Höhe von einem Drittel der Jahresumlage erhoben. Die endgültige Höhe der Umlage ergibt sich aus der Feststellung des Jahresabschlusses und wird im Folgejahr festgesetzt.

(6) Die Umlagen werden zwei Wochen nach Anforderung fällig. Satz 1 gilt für Vorauszahlungen entsprechend.

(7) Rückständige Umlagen sind mit zwei Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen.

(8) Die Umlage für jedes Verbandsmitglied ist nach der Zahl der Einwohner und Einwohnergleichwerte des Verbandsmitgliedes zur Gesamt Einwohnerzahl bzw. dem Gesamtabwasseranfall im Verbandsgebiet (§ 2 Abs. 2) zu bemessen. Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als Einwohnerzahl, die Zahl, die vom Statistischen Landesamt jeweils zum 30.06. des Vorjahres herausgegeben wird.

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 nicht das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als maßgebliche Einwohnerzahl, die Zahl der Einwohner, die das zuständige Einwohnermeldeamt per 30.06. des Vorjahres in dem betreffenden Stadtgebiet mit dem das Verbandsmitglied im Zweckverband vertreten ist, mit Hauptwohnsitz erfasst hat. Die Verbandsmitglieder nach Satz 3 teilen schriftlich dem Zweckverband jährlich bis zum 31.07. die maßgebliche Einwohnerzahl für das betreffende Stadtgebiet schriftlich mit.

## § 22

### Betriebskostenumlage

(1) Die anderweitig nicht gedeckten Kosten des Erfolgsplanes des Zweckverbandes werden durch eine jährliche Betriebskostenumlage aufgebracht.

(2) Bringen Verbandsmitglieder Leistungen gegen Entgelt in den Zweckverband ein, wird der Wert der Leistung, welche nicht anderweitig vergütet oder verrechnet wird, im nachgewiesenen Umfang auf die Betriebskostenumlage nach Abs.1 des jeweiligen Verbandsmitgliedes angerechnet.

## § 22a

### Investitionskostenumlage

(1) Die nicht anderweitig gedeckten Kosten des Vermögensplanes des Zweckverbandes werden durch eine jährliche Investitionskostenumlage aufgebracht.

(2) Bringen Verbandsmitglieder Vermögen gegen Entgelt in den Zweckverband ein, wird der Wert des Vermögens, welcher nicht anderweitig vergütet oder verrechnet wurde, im nachgewiesenen Umfang und in der Höhe, wie er zum Zeitpunkt der Vermögenseinbringung war, auf die Investi-

tionskostenumlage nach Abs. 1 des jeweiligen Verbandsmitgliedes angerechnet.

## § 23

### Allgemeine Umlage (Verlustausgleich)

(1) Der aufgrund uneinbringlicher Kosten entstandene, nicht gedeckte Gesamtaufwand ist als allgemeine Umlage zum Verlustausgleich festzusetzen.

(2) Zur Deckung dieses Fehlbetrages erhebt der Zweckverband für die Jahre 2021 bis 2024 von seinen Verbandsmitgliedern eine allgemeine Verlustausgleichsumlage.

## § 24

### Prüfungswesen und Kassenverwaltung

(1) Der Zweckverband bedient sich zur Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Prüfung eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Es gelten die §§ 103 bis 109 SächsGemO entsprechend.

## IV.

### BEKANNTMACHUNGEN

## § 25

### Bekanntmachungen

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, durch Einrücken in die Amtsblätter der Stadt Rabenau „Ortsblatt Rabenau“ und der Stadt Dippoldiswalde „Dippolds Bote“ unter „Amtliche Bekanntmachungen des AZV Oelsabachtal“ sowie durch elektronische Ausgabe als „Amtliche Bekanntmachungen des AZV Oelsabachtal“ auf der Internetseite des Verbandes.

(2) Die in den gesetzlichen Vorschriften vorgesehene „ortsüblichen Bekanntmachungen“ erfolgen, sofern bundes- oder landesrechtlich nichts anderes bestimmt ist, durch den Zweckverband für das Verbandsgebiet der Stadt Dippoldiswalde durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln der Stadt Dippoldiswalde entsprechend Bekanntmachungssatzung in der jeweils gültigen Fassung. der Stadt Rabenau, durch Anschlag an den Bekanntmachungstafeln der Stadt Rabenau entsprechend Bekanntmachungssatzung in der jeweils gültigen Fassung.

(3) Der Tag der Veröffentlichung nach Abs. 1 und 2 ist auf dem Original der jeweiligen Bekanntmachung urkundlich zu vermerken.

(4) Die Verbandsmitglieder können durch Veröffentlichung in ortsüblicher Form auf die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes hinweisen. Diese Hinweise sind keine Wirksamkeitsvoraussetzung für die öffentliche Bekanntmachung nach Abs. 1.

(5) Die öffentliche Bekanntmachung von Plänen, Karten oder anderen zeichnerischen Darstellungen, die Bestandteil einer Satzung oder Rechtsverordnung sind, können dadurch öffentlich bekannt gemacht werden, dass ihr wesentlicher Inhalt in der Satzung oder Rechtsverordnung umschrieben wird und die Verwaltungsstelle, an dem sie kostenlos durch



jedermann eingesehen werden können, bekannt gegeben wird (Ersatzbekanntmachung).

Beginn und Ende sowie Ort, Gebäude, Raum und Öffnungszeit der Niederlegung sind in der öffentlichen Bekanntmachung bekannt zu geben. Die öffentliche Bekanntmachung gilt erst nach Ablauf der Niederlegungsfrist als erfolgt.

(6) Weitergehende bundes- oder landesgesetzliche Regelungen über öffentliche und ortübliche Bekanntmachungen bleiben unberührt.

(7) Satzungen und Verordnungen können in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes eingesehen werden.

## V.

### **SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

#### **§ 26**

#### **Auflösung des Zweckverbandes**

(1) Der Zweckverband kann bei Mehrheit der Stimmen aller Verbandsmitglieder seine Auflösung in der Versammlung beschließen.

Der Beschluss der Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Im Übrigen gilt § 62 Abs. 1, 3 bis 5 SächsKomZG.

(2) Bei Auflösung des Zweckverbandes werden verbleibende Verbindlichkeiten und Forderungen sowie das Zweckverbandsvermögen im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder nach dem jeweiligen Prozentverhältnis der Zahl der Einwohner des jeweiligen Verbandsmitgliedes zu den gesamten Einwohnern im Verbandsgebiet aufgeteilt.

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als Einwohnerzahl, die Zahl, die vom Statistischen Landesamt jeweils zum 30.06. des Vorjahres herausgegeben wird.

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 nicht das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als maßgebliche Einwohnerzahl, die Zahl der Einwohner, die das zuständige Einwohnermeldeamt

per 30.06. des Vorjahres in dem betreffenden Stadtgebiet, mit dem das Verbandsmitglied im Zweckverband vertreten ist, mit Hauptwohnsitz erfasst hat.

(3) Die Abwicklung der Auflösung des Zweckverbandes wird durch den Verwaltungsrat in seiner Besetzung vor der Auflösung durchgeführt. Die Versammlungsversammlung hat sich über eine Abwicklungsvereinbarung zu einigen.

(4) Die zum Zeitpunkt der Auflösung des Zweckverbandes beschäftigten hauptamtlichen Bediensteten sind nach den Grundsätzen des Abs. 3 von den Verbandsmitgliedern zu übernehmen. Die Übernahme ist so zu regeln, dass bisher erworbene Rechte und Anwartschaften weiterhin gewährleistet werden. Sofern Verbandsmitglieder keine Bediensteten übernehmen oder der Zweckverband Aufwendungen für die Ablösung von Arbeitsverhältnissen hat, kann er bestimmen, dass Sonderleistungen (§ 21 Abs. 3 Satz 2) zu entrichten sind.

(5) Für Verpflichtungen des Zweckverbandes, die nur einheitlich erfüllt werden können, und die über die Abwicklung hinauswirken, bleiben die Verbandsmitglieder Gesamtschuldner. Die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, wenn bei der Auflösung nichts anderes vereinbart wird, Aufgabe der Sitzgemeinde. Die übrigen Mitglieder haben ihren Anteil nach dem Maßstab des Abs. 2 zu zahlen. Im Übrigen haften die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes als Gesamtschuldner.

#### **§ 27**

#### **In-Kraft-Treten**

Diese Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Mit dem In-Kraft-Treten dieser Neufassung der Verbandssatzung tritt die Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal in der Fassung vom 23. November 2015 außer Kraft.

Rabenau, den 17. März 2021

Abwasserzweckverband Oelsabachtal  
gez. Paul  
Verbandsvorsitzender



---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485 26 0  
Telefax: 0351 485 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

6. Mai 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 199,90 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 39,37 Euro Postversand) bzw. 107,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 